

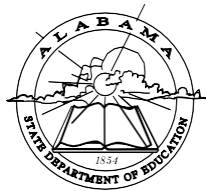


Sonderpädagogische Dienste | Alabama State Department of Education

Alabamas Verfahrensgarantien Sonderschulrechte

ALSDE Genehmigt November 2023





Alabama State Board of Education

Gov. Kay Ivey	Präsident
Jackie Zeigler	Bezirk 1
Tracie West	Bezirk 2 Vizepräsidentin
Stephanie Bell	Bezirk 3
Yvette M. Richardson, Ed.	Bezirk 4
Tonya S. Chestnut, Ed.D.	Bezirk 5 Präsidentin Pro Tem
Marie Manning	Bezirk 6
Belinda McRae	Bezirk 7
Wayne Reynolds, Ed.D.	Bezirk 8
Eric G. Mackey, Ed.D.	Sekretär und Geschäftsführer

Alabama State Department of Education, Eric G. Mackey, Leiter des Bildungsministeriums

Das Bildungsministerium des Bundesstaates Alabama und das Bildungsministerium des Bundesstaates Alabama diskriminieren in ihren Programmen, Aktivitäten oder bei der Beschäftigung nicht aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, einer Behinderung, des Geschlechts, der Religion, der nationalen Herkunft oder des Alters und bieten den Pfadfindern und anderen ausgewiesenen Jugendgruppen gleichen Zugang. Die folgende Person ist für die Bearbeitung von Anfragen zu den Antidiskriminierungsrichtlinien zuständig: Title IX Coordinator, Alabama State Department of Education, P.O. Box 302101, Montgomery, AL 36130-2101, Telefon (334) 694-4717.



Alabamas Verfahrensgarantien Sonderschulrechte

Schriftliche Vorankündigung.....	2
Zustimmung der Eltern	3
Unabhängige pädagogische Bewertung	5
Optionen zur Beilegung von Streitigkeiten	6
Zugang zu Aufzeichnungen.....	18
Die Rechte der Kinder	20
Disziplin.....	22

Der *Individuals with Disabilities Education Act (IDEA)* und die Gesetze der einzelnen Bundesstaaten geben denjenigen, die Anspruch auf sonderpädagogische Leistungen haben, bestimmte Rechte. Eine Kopie dieser Rechte muss den Eltern nur einmal im Jahr ausgehändigt werden, mit der Ausnahme, dass auch eine Kopie ausgehändigt werden muss:

1. an die Eltern bei der ersten Einweisung oder bei einem elterlichen Antrag auf eine Beurteilung,
2. bei der ersten staatlichen Beschwerde in einem Schuljahr,
3. beim ersten Antrag auf eine öffentliche Anhörung in einem Schuljahr,
4. wenn eine Entscheidung über eine Disziplinaßnahme getroffen wird, die eine Änderung der Platzierung darstellt,
5. und auf Antrag eines Elternteils.

Im Folgenden finden Sie eine Erläuterung Ihrer Rechte. Wenn Sie weitere Erklärungen zu diesen Rechten wünschen, können Sie sich an Ihren Schuldirektor, den Sonderpädagogik-Koordinator in Ihrem Schulsystem oder Ihren Schulleiter wenden. Wenn Sie ein weiteres Exemplar Ihrer Rechte wünschen, Fragen haben oder ein Gespräch vereinbaren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre örtliche Behörde.

Schriftliche Vorankündigung

Ihre Schule muss Sie innerhalb eines angemessenen Zeitraums vorher schriftlich benachrichtigen (Ihnen bestimmte Informationen in schriftlicher Form zukommen lassen):

1. vorschlagen, die Identifizierung, Bewertung oder schulische Platzierung Ihres Kindes oder die Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für Ihr Kind einzuleiten oder zu ändern; oder
2. sich weigert, die Identifizierung, Bewertung oder schulische Platzierung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind einzuleiten oder zu ändern.

Die schriftliche Mitteilung muss:

1. die Maßnahme beschreiben, die die Behörde vorschlägt oder ablehnt,
2. erklären, warum die Behörde die Maßnahme vorschlägt oder ablehnt,
3. alle Bewertungsverfahren, Beurteilungen, Aufzeichnungen oder Berichte beschreiben, die die Behörde bei ihrer Entscheidung, die Maßnahme vorzuschlagen oder abzulehnen, verwendet hat,
4. Angaben von einem Hinweis, dass Sie unter den Verfahrensgarantien des IDEA geschützt sind, und angeben, wie Sie eine Kopie der Verfahrensgarantien erhalten können, wenn es sich bei dieser Mitteilung nicht um eine erste Einweisung zur Beurteilung handelt,
5. Ressourcen hinzufügen, an die Sie sich wenden können, um Hilfe beim Verständnis des IDEA zu erhalten,
6. alle anderen Optionen beschreiben, die das Team für das individuelle Bildungsprogramm (IEP) Ihres Kindes in Betracht gezogen hat, und die Gründe, warum diese Optionen zurückgewiesen wurden; und
7. andere Gründe beschreiben, warum die Behörde die Maßnahme vorgeschlagen oder abgelehnt hat.

HINWEIS IN VERSTÄNDLICHER SPRACHE

Die vorherige schriftliche Benachrichtigung muss erfolgen:

1. in einer für die Allgemeinheit verständlichen Sprache verfasst sein; und
2. in Ihrer Muttersprache oder einer anderen von Ihnen verwendeten Kommunikationsform, es sei denn, dies ist eindeutig nicht durchführbar.

Wenn Ihre Muttersprache oder eine andere Art der Kommunikation keine Schriftsprache ist, muss die Behörde dafür sorgen, dass:

1. die Mitteilung für Sie mündlich oder auf andere Weise in Ihre Muttersprache oder eine andere Kommunikationsart übersetzt wird;
2. Sie den Inhalt der Mitteilung verstehen; und
3. es ein schriftlicher Nachweis vorliegt, dass die Anforderungen der Absätze 1 und 2 erfüllt sind.

Wenn Ihre Behörde den Eltern die Möglichkeit bietet, Dokumente per E-Mail zu erhalten, können Sie sich dafür entscheiden, vorherige schriftliche Mitteilungen per E-Mail zu erhalten.

Sie müssen schriftlich benachrichtigt werden, wenn Ihr Kind die High School mit einem regulären Abschluss beendet oder die Schule verlässt, weil es das Alter für den Anspruch auf eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung überschritten hat.

Der Individuals with Disabilities Education Act (IDEA)

ist das Bundesgesetz, das die Sondererziehung und damit verbundene Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen unterstützt. Ursprünglich war es als *Education of Handicapped Children Act* bekannt, der 1975 verabschiedet wurde.

Free Appropriate Public Education (FAPE)

die sicherstellt, dass Schüler mit besonderen Bedürfnissen und Behinderungen eine vergleichbare Bildungserfahrung machen können wie Schüler/Studenten ohne Behinderungen. Von Schülern/Studenten mit Behinderungen wird erwartet, dass sie gemeinsam mit Schülern/Studenten ohne Behinderungen unterrichtet werden, soweit dies angemessen ist.

Zustimmung der Eltern

Ihre Behörde muss Ihr schriftliches Einverständnis einholen:

1. bevor Sie eine erste Bewertung vornehmen,
2. vor der erstmaligen Bereitstellung von sonderpädagogischen und damit verbundenen Dienstleistungen, oder
3. bevor Sie im Rahmen einer Neubewertung zusätzliche Daten einholen.

DEFINITION DER ELTERLICHEN ZUSTIMMUNG

Zustimmung bedeutet:

1. die Eltern wurden in ihrer Muttersprache oder einer anderen Kommunikationsform (z. B. Zeichensprache, Blindenschrift oder mündliche Kommunikation) über alle Informationen zu der Handlung, für die Sie Ihre Zustimmung geben, umfassend informiert.
2. die Eltern verstehen diese Maßnahme und stimmen ihr schriftlich zu, und die Zustimmung beschreibt diese Maßnahme und listet die Aufzeichnungen (falls vorhanden) auf, die freigegeben werden und an wen; und
3. die Eltern verstehen, dass die Zustimmung von Seiten der Eltern freiwillig ist und dass sie diese jederzeit widerrufen können.
4. wenn ein Elternteil seine Zustimmung widerruft (annulliert), nachdem sein Kind bereits sonderpädagogische und damit zusammenhängende Dienstleistungen erhalten hat, muss er dies schriftlich vornehmen.
 - a. durch den Widerruf der Zustimmung wird eine Handlung, die nach der Erteilung der Zustimmung, aber vor deren Widerruf erfolgt ist, nicht aufgehoben (rückgängig).
 - b. die Schule ist nicht verpflichtet, die Schulunterlagen des Kindes zu ergänzen (zu ändern), um Hinweise darauf zu entfernen, dass Ihr Kind sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen erhalten hat, nachdem Sie Ihre Zustimmung zurückgezogen haben.

ZUSTIMMUNG DER ELTERN ZUR ERSTBEWERTUNG

Die öffentliche Behörde kann keine Erstbewertung Ihres Kindes durchführen, um festzustellen, ob Ihr Kind nach IDEA-Anspruch auf sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen hat, ohne Sie vorher schriftlich über die geplante Maßnahme zu informieren und Ihre Zustimmung einzuholen (wenn im Rahmen der Bewertung Beurteilungen erforderlich sind), wie unter den Überschriften **Vorherige schriftliche Benachrichtigung und Zustimmung der Eltern** beschrieben.

Die öffentliche Einrichtung muss sich in angemessener Weise bemühen, Ihre informierte Zustimmung für eine erste Beurteilung einzuholen, um zu entscheiden, ob Ihr Kind ein Schüler mit einer Behinderung ist.

Ihre Zustimmung zur Erstbewertung bedeutet nicht, dass Sie zugestimmt haben, dass die Schule mit der sonderpädagogischen Förderung und den damit verbundenen Dienstleistungen Ihres Kindes beginnen kann.

Wenn Ihr Kind an einer öffentlichen Schule angemeldet ist oder Sie Ihr Kind an einer öffentlichen Schule anmelden möchten und Sie die Zustimmung zu einer Erstbewertung verweigert haben oder einer Aufforderung zur Erteilung der Zustimmung zu einer Erstbewertung nicht nachgekommen sind, kann die öffentliche Einrichtung versuchen, ist aber nicht dazu verpflichtet, eine Erstbewertung Ihres Kindes durchzuführen, indem sie das Schlichtungsverfahren oder das ordnungsgemäße Beschwerdeverfahren des IDEA in Anspruch nimmt.

Die öffentliche Einrichtung verletzt nicht ihre Verpflichtung, Ihr Kind zu finden, zu identifizieren und zu beurteilen, wenn sie unter diesen Umständen keine Bewertung Ihres Kindes vornimmt.

Zustimmung zur Erstbewertung, wenn das Kind unter dem Schutz des Staates ist

Wenn ein Schüler unter dem Schutz des Staates ist und nicht bei seinen Eltern lebt, benötigt die öffentliche Einrichtung keine Zustimmung der Eltern für eine erste Beurteilung, um festzustellen, ob der Schüler eine Behinderung hat:

1. trotz angemessener Bemühungen die Behörde die Eltern des Schülers nicht finden kann;
2. die Rechte der Eltern in Übereinstimmung mit dem staatlichen Recht beendet wurden oder ein Richter das Recht hat, erzieherische Entscheidungen zu treffen, einer anderen Person als den Eltern zu übertragen und diese Person ihre Zustimmung zu einer ersten Beurteilung gegeben hat.

Die öffentliche Einrichtung muss sich in angemessener Weise bemühen, Ihre informierte Zustimmung für eine erste Bewertung einzuholen, um zu entscheiden, ob Ihr Kind ein Schüler mit einer Behinderung ist.

ZUSTIMMUNG DER ELTERN FÜR DIENSTLEISTUNGEN

Die öffentliche Einrichtung muss Ihre informierte Zustimmung einholen, bevor sie Ihrem Kind zum ersten Mal sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen anbietet.

Die öffentliche Einrichtung muss sich in angemessener Weise bemühen, Ihre informierte Zustimmung einzuholen, bevor sie Ihrem Kind zum ersten Mal sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen anbietet.

Wenn Sie nicht auf die Aufforderung reagieren, Ihre Zustimmung zu geben, dass Ihr Kind zum ersten Mal sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen erhält, oder wenn Sie sich weigern, eine solche Zustimmung zu geben, oder wenn Sie Ihre Zustimmung später schriftlich widerrufen, kann die öffentliche Einrichtung Ihre Zustimmung zurückziehen:

1. Sie dürfen die Verfahrensgarantien (einschließlich Mediation oder Klage) nicht nutzen, um eine Zustimmung oder eine Entscheidung zu erwirken, dass die sonderpädagogischen und damit verbundenen Dienstleistungen (die vom IEP-Team Ihres Kindes empfohlen wurden) ohne Ihre Zustimmung für Ihr Kind bereitgestellt werden.
2. wird nicht gegen die Verpflichtung verstößt haben, Ihrem Kind FAPE zur Verfügung zu stellen, weil es diese Dienstleistungen nicht für Ihr Kind bereitstellt; und
3. ist nicht verpflichtet, eine IEP-Sitzung abzuhalten oder einen IEP für Ihr Kind für die sonderpädagogischen und damit verbundenen Dienstleistungen zu erstellen, für die Ihre Zustimmung beantragt wurde.

Wenn Sie Ihre Zustimmung zu irgendeinem Zeitpunkt, nachdem Ihr Kind zum ersten Mal sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen erhalten hat, schriftlich widerrufen (stornieren), darf die öffentliche Einrichtung:

1. diese Dienste nicht weiter anbieten, sondern muss Sie vorher schriftlich benachrichtigen, wie unter der Überschrift **Vorherige schriftliche Benachrichtigung** beschrieben, bevor er diese Dienste einstellt.
2. die Verfahrensgarantien (einschließlich Schlichtung oder ordnungsgemäße Klage) nicht nutzen, um eine Zustimmung oder eine Entscheidung zu erwirken, dass Ihrem Kind ohne Ihre Zustimmung sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden.
3. wird nicht gegen die Verpflichtung verstößt haben, Ihrem Kind FAPE zur Verfügung zu stellen, weil es diese Dienstleistungen nicht für Ihr Kind bereitstellt; und
4. ist nicht verpflichtet, eine IEP-Sitzung abzuhalten oder einen IEP für Ihr Kind für die sonderpädagogischen und damit verbundenen Dienstleistungen zu erstellen, für die Ihre Zustimmung beantragt wurde.

ZUSTIMMUNG DER ELTERN ZU NEUBEWERTUNGEN

Die öffentliche Einrichtung muss Ihre informierte Zustimmung einholen, bevor sie Ihr Kind neu bewertet, es sei denn, die öffentliche Einrichtung kann dies nachweisen:

1. es wurden angemessene Schritte unternommen, um Ihre Zustimmung für die Neubewertung Ihres Kindes einzuholen; und
2. Sie haben nicht geantwortet.

Wenn Sie sich weigern, der Neubewertung Ihres Kindes zuzustimmen, kann die öffentliche Einrichtung, ist aber nicht dazu verpflichtet, die Neubewertung Ihres Kindes ausüben, indem sie das Mediationsverfahren oder das ordnungsgemäße Beschwerdeverfahren nutzt, um sich über Ihre Weigerung, der Neubewertung Ihres Kindes zuzustimmen, aufzuheben. Die Behörde verstößt nicht gegen ihre Verpflichtungen gemäß IDEA, wenn sie es ablehnt, die Neubewertung auf diese Weise vorzunehmen.

DOKUMENTATION DER ANGEMESSENEN BEMÜHUNGEN UM DIE ZUSTIMMUNG DER ELTERN

Ihre Schule muss eine Dokumentation über die angemessenen Bemühungen führen, um Ihre Zustimmung für Erstbewertungen, für die erstmalige Erbringung sonderpädagogischer und damit verbundener Leistungen, für eine Neubewertung und unter dem Schutz des Staates stehende Eltern für Erstbewertungen auf findig zu machen.

Die Dokumentation muss eine Aufzeichnung der Versuche der Behörde in diesen Bereichen enthalten, wie z.B.:

1. detaillierte Aufzeichnungen über getätigte oder versuchte Telefonanrufe und die Ergebnisse dieser Anrufe;
2. kopien der an Sie gerichteten Korrespondenz und der erhaltenen Antworten; und
3. detaillierte Aufzeichnungen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder an Ihrem Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Ihre Schule muss eine Dokumentation über die angemessenen Bemühungen führen, um Ihre Zustimmung für Erstbewertung, für die erstmalige Erbringung sonderpädagogischer und damit verbundener Leistungen, für eine Neubewertung und nach den unter dem Schutz des Staates stehende Eltern für Erstbewertungen auf findig zu machen.

ANDERE ZUSTIMMUNGSERFORDERNISSE

Die elterliche Zustimmung ist nicht erforderlich, bevor die öffentliche Einrichtung Folgendes vornimmt:

1. Überprüfung vorhandener Daten als Teil der Bewertung Ihres Kindes oder einer Neubewertung; oder
2. Ihrem Kind einen Test oder eine andere Bewertung gibt, die allen Schülern gegeben wird, es sei denn, vor diesem Test oder dieser Bewertung wird die Zustimmung der Eltern aller Schüler verlangt.

Die öffentliche Einrichtung darf Ihre Verweigerung der Zustimmung zu einer Dienstleistung oder Aktivität im Zusammenhang mit der Erstbewertung, der erstmaligen Erbringung von Dienstleistungen oder Neubewertungen nicht als Grundlage für die Verweigerung einer anderen Dienstleistung, eines Nutzens oder einer Aktivität für die Eltern oder das Kind verwenden, es sei denn, eine andere Vorschrift des IDEA verpflichtet die öffentliche Einrichtung dazu, dies zu tun.

Wenn Sie Ihr Kind auf eigene Kosten an einer Privatschule angemeldet haben oder wenn Sie Ihr Kind zu Hause unterrichten und Sie Ihre Zustimmung zur Erst- oder Neubewertung Ihres Kindes nicht erteilen oder einer Aufforderung zur Erteilung Ihrer Zustimmung nicht nachkommen, kann die öffentliche Einrichtung ihre

Streitbeilegungsverfahren (z. B. Mediation oder Beschwerde wegen eines ordnungsgemäßen Verfahrens) nicht nutzen, um sich über die Zustimmung hinwegzusetzen, und ist nicht verpflichtet, Ihr Kind als berechtigt zu betrachten, gleichwertige Leistungen zu erhalten.

Übertragung der elterlichen Rechte im Alter der Volljährigkeit

Wenn ein Kind mit einer Behinderung das Alter der Volljährigkeit nach staatlichem Recht (19 Jahre) erreicht, das für alle Kinder gilt (außer für ein Kind mit einer Behinderung, das nach staatlichem Recht als unfähig eingestuft wurde), muss die öffentliche Einrichtung sowohl dem Kind als auch den Eltern alle in diesem Teil vorgeschriebenen Mitteilungen zukommen lassen; und alle Rechte, die den Eltern gemäß Teil B des IDEA gewährt werden, gehen auf das Kind über; alle Rechte, die den Eltern gemäß Teil B des IDEA gewährt werden, gehen auf Kinder über, die in einer Erwachsenen- oder Jugendstrafanstalt, einer staatlichen oder örtlichen Justizvollzugsanstalt eingesperrt sind; und wenn die Rechte übertragen wurden, muss die Behörde das Kind und die Eltern über die Übertragung der Rechte informieren.

Unabhängige pädagogische Bewertung

Unabhängige pädagogische Bewertung (IEE) bedeutet eine Bewertung, die von einem qualifizierten Prüfer durchgeführt wird, der nicht bei der öffentlichen Behörde angestellt ist.

Öffentliche Kosten bedeutet, dass die öffentliche Behörde entweder die vollen Kosten für die Bewertung übernimmt oder sicherstellt, dass die Bewertung anderweitig kostenlos für Sie bereitgestellt wird. Dies steht im Einklang mit den Bestimmungen des IDEA, die es jedem Staat erlauben, alle staatlichen, lokalen, föderalen und privaten Unterstützungsquellen zu nutzen, die in dem Staat verfügbar sind, um die Anforderungen des Gesetzes zu erfüllen.

IEE-KRITERIEN

Wenn eine IEE auf öffentliche Kosten erfolgt, müssen die Kriterien, nach denen die Bewertung eingeholt wird, einschließlich des Ortes der Bewertung und der Qualifikation des Prüfers, die gleichen sein wie die Kriterien, die die öffentliche Behörde anwendet, wenn sie eine Bewertung veranlasst (soweit diese Kriterien mit Ihrem Recht auf eine IEE entsprechend sind).

Abgesehen von den oben beschriebenen Kriterien darf die Behörde keine Bedingungen oder Fristen für die Einholung einer IEE auf öffentliche Kosten durchsetzen.

RECHT AUF BEWERTUNG AUF ÖFFENTLICHE KOSTEN

Sie haben das Recht auf eine unabhängige Bewertung Ihres Kindes auf öffentliche Kosten, wenn Sie mit einer von der öffentlichen Behörde vorgenommenen Bewertung Ihres Kindes nicht einverstanden sind. Die öffentliche Behörde muss den Eltern auf Anfrage Informationen darüber geben, wo sie eine Erstbewertung erhalten können und welche Kriterien für die Erstbewertung gelten.

Eine IEE unterliegt den folgenden Bedingungen:

1. wenn Sie eine IEE für Ihr Kind auf öffentliche Kosten beantragen, muss die öffentliche Behörde ohne unnötige Verzögerung entweder:
 - a. eine ordnungsgemäße Beschwerde einreichen, um eine Anhörung zu beantragen, um zu zeigen, dass die Bewertung Ihres Kindes angemessen ist; oder
 - b. auf öffentliche Kosten eine IEE bereitstellen, es sei denn, die Behörde weist in einer Anhörung nach, dass das Gutachten, das Sie für Ihr Kind erhalten haben, nicht den Kriterien der Behörde entspricht.
2. wenn die Behörde eine Anhörung beantragt und die endgültige Entscheidung lautet, dass die Bewertung Ihres Kindes durch die Behörde angemessen ist, haben Sie immer noch das Recht auf eine IEE; allerdings nicht auf öffentliche Kosten.
3. wenn Sie eine IEE für Ihr Kind beantragen, kann die Behörde fragen, warum Sie Einwände gegen die von der Behörde eingeholte Bewertung Ihres Kindes haben. Die öffentliche Behörde darf jedoch keine Erklärung verlangen und darf weder die Durchführung der Bewertung Ihres Kindes auf öffentliche Kosten noch die Einreichung einer Klage auf ein ordnungsgemäßes Verfahren verzögern, um eine entsprechende Anhörung zur Verteidigung der Bewertung Ihres Kindes durch die öffentliche Behörde zu beantragen.

Sie haben nur Anspruch auf eine IEE Ihres Kindes auf öffentliche Kosten, wenn die öffentliche Behörde eine Bewertung Ihres Kindes durchführt, mit der Sie nicht einverstanden sind.

VON ELTERN EINGELEITETE BEWERTUNGEN

Wenn Sie ein IEE (eine Bewertung) über Ihr Kind auf öffentliche Kosten erhalten oder wenn Sie der öffentlichen Behörde eine Bewertung über Ihr Kind zur Verfügung stellen, das Sie auf private Kosten erhalten haben:

1. muss die Behörde die Ergebnisse der Bewertung Ihres Kindes, sofern sie die Kriterien der Behörde für eine IEE erfüllt, bei jeder Entscheidung in Bezug auf die Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind berücksichtigen; und
2. Sie oder die Behörde können die Bewertung als Beweismittel bei einer Anhörung zum Sorgerecht für Ihr Kind vorlegen.

ANTRÄGE AUF BEWERTUNGEN DURCH ANHÖRUNGSBEAUFTRAGTE

Wenn ein Anhörungsbeauftragter im Rahmen eines Verfahrens eine Untersuchung Ihres Kindes verlangt, müssen die Kosten für die Bewertung von öffentlichen Kosten getragen werden.

Optionen zur Beilegung von Streitigkeiten

UNTERSCHIED ZWISCHEN STAATLICHER BESCHWERDE UND ORDNUNGSGEMÄSSEM ANHÖRUNGSVERFAHREN

Die Vorschriften für Teil B des IDEA sehen separate Verfahren für staatliche Beschwerden und für Anhörungen im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens vor. Wie nachstehend erläutert, kann jede Einzelperson oder Organisation eine staatliche Beschwerde einreichen, in der ein Verstoß gegen eine Anforderung von Teil B durch eine öffentliche Behörde, das staatliche Bildungsministerium oder eine andere öffentliche Behörde behauptet wird. Nur Sie oder eine öffentliche Einrichtung können einen Antrag auf ein ordnungsgemäßes Anhörungsverfahren zu einer Angelegenheit stellen, die sich auf einen Vorschlag oder eine Ablehnung bezieht, die Identifizierung, Bewertung oder schulische Unterbringung eines Kindes mit einer Behinderung oder die Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung für das Kind einzuleiten oder zu ändern. Die Mitarbeiter des ALSDE müssen eine staatliche Beschwerde in der Regel innerhalb von 60 Kalendertagen bearbeiten, es sei denn, die Frist wird ordnungsgemäß verlängert. Ein unparteiischer Anhörungsbeauftragter für ein ordnungsgemäßes Verfahren muss eine Anhörung durchführen (wenn die Angelegenheit nicht durch ein Treffen zur Beilegung des Problems oder durch eine Mediation gelöst wurde) und innerhalb von 45 Kalendertagen nach Ablauf der Bearbeitungsfrist eine schriftliche Entscheidung treffen, es sei denn, der Anhörungsbeauftragte gewährt auf Ihren Antrag oder den Antrag der Behörde eine spezifische Verlängerung der Frist.

Sie haben nur Anspruch auf eine IEE Ihres Kindes auf öffentliche Kosten, wenn die öffentliche Behörde eine Bewertung Ihres Kindes durchführt, mit der Sie nicht einverstanden sind.

Nur Sie oder eine öffentliche Behörde können einen Antrag auf ein ordnungsgemäßes Verfahren stellen.

STAATLICHE BESCHWERDEVERFAHREN

Die ALSDE muss über schriftliche Verfahren verfügen für:

1. Beilegung von Beschwerden, einschließlich Beschwerden von Organisationen oder Einzelpersonen aus anderen Staaten;
2. die Einreichung einer Beschwerde bei der ALSDE; und
3. umfangreiche Verbreitung der staatlichen Beschwerdeverfahren bei Eltern und anderen interessierten Personen, einschließlich Elternschulungs- und -informationszentren, Schutz- und Interessenvertretungen, Zentren für unabhängiges Leben und anderen geeigneten Einrichtungen.

RECHTSMITTEL BEI VERWEIGERUNG ANGEMESSENER DIENSTLEISTUNGEN

Bei der Beilegung einer staatlichen Beschwerde, bei der die ALSDE ein Versäumnis bei der Erbringung angemessener Dienstleistungen festgestellt hat, wird der SES darauf eingegangen:

1. das Versäumnis, angemessene Dienstleistungen zu erbringen, einschließlich Korrekturmaßnahmen, die geeignet sind, den Bedürfnissen des Schülers gerecht zu werden (z. B. Ausgleichsleistungen oder finanzielle Rückerstattung); und
2. angemessene zukünftige Bereitstellung von Dienstleistungen für alle Schüler mit Behinderungen.

MINIMALE STAATLICHE BESCHWERDEVERFAHREN

Die ALSDE sieht in ihren staatlichen Beschwerdeverfahren eine Begrenzung der Frist auf 60 Kalendertage nach Einreichung einer Beschwerde vor:

1. führen Sie eine unabhängige Untersuchung vor Ort durch, wenn die ALSDE feststellt, dass eine Untersuchung notwendig ist;
2. geben Sie dem Beschwerdeführer die Möglichkeit, mündlich oder schriftlich zusätzliche Informationen zu den Vorwürfen in der Beschwerde vorzulegen;
3. geben Sie dem ALSDE die Möglichkeit, auf die Beschwerde zu antworten, was mindestens Folgendes beinhaltet:
(a) nach Wahl der ALSDE einen Vorschlag zur Beilegung der Beschwerde; und (b) die Möglichkeit für einen Elternteil, der eine Beschwerde eingereicht hat, und die öffentliche Einrichtung, sich freiwillig auf eine Mediation zu einigen;
4. alle relevanten Informationen zu prüfen und eine unabhängige Entscheidung darüber zu treffen, ob die Bildungseinrichtung gegen eine Anforderung des IDEA verstößt; und
5. dem Beschwerdeführer eine schriftliche Entscheidung zu erteilen, die auf jeden Vorwurf in der Beschwerde eingeht und Folgendes enthält: (a) Tatsachenfeststellungen und Schlussfolgerungen; und (b) die Gründe für die endgültige Entscheidung des ALSDE.

Fristverlängerung; Endgültige Entscheidung; Umsetzung

Die oben beschriebenen Verfahren der ALSDE müssen ebenfalls eingehalten werden:

1. erlauben einer Verlängerung der Begrenzung auf 60 Kalendertage nur, wenn: (a) außergewöhnliche Umstände in Bezug auf eine bestimmte staatliche Beschwerde vorliegen; oder (b) Sie und die Bildungseinrichtung sich freiwillig darauf einigen, die Frist zu verlängern, um die Angelegenheit durch Schlichtung oder alternative Mittel der Streitbeilegung zu lösen.
2. enthalten der Verfahren für die wirksame Umsetzung der endgültigen Entscheidung der ALSDE, falls erforderlich, einschließlich: (a) technische Unterstützung; (b) Verhandlungen; und (c) Korrekturmaßnahmen, um die Einhaltung der Vorschriften zu erreichen.

EINREICHEN EINER STAATLICHEN BESCHWERDE UND EIN ORDNUNGSGEMÄSSES VERFAHREN

Wenn eine schriftliche staatliche Beschwerde eingeht, die auch Gegenstand einer Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren ist, wie unter der Überschrift **Einreichen einer Beschwerde zu einem ordnungsgemäßen Verfahren beschrieben**, oder wenn die staatliche Beschwerde mehrere Punkte enthält, von denen einer oder mehrere Teil einer solchen Anhörung sind, wird die ALSDE alle Teile der staatlichen Beschwerde, die in der Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren behandelt werden, bis zum Abschluss der Anhörung zurückstellen. Alle Fragen in der staatlichen Beschwerde, die nicht Teil der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren sind, werden unter Einhaltung der oben beschriebenen Begrenzung und Verfahren geklärt.

Wenn eine Frage, die in einer staatlichen Beschwerde erhoben wird, zuvor in einer Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren entschieden wurde, an der dieselben Parteien beteiligt waren (z. B. Sie und die Schule), dann ist die Entscheidung der Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren in dieser Frage bindend und das ALSDE muss den Beschwerdeführer darüber informieren, dass die Entscheidung bindend ist.

Eine staatliche Beschwerde, in der behauptet wird, dass die Schule eine Anhörungsentscheidung nicht umgesetzt hat, wird von der ALSDE entschieden.

Die ALSDE muss über schriftliche Verfahren zur Lösung von Beschwerden verfügen, einschließlich Beschwerden von Organisationen oder Einzelpersonen aus anderen Bundesstaaten.

EINREICHEN EINER STAATLICHEN BESCHWERDE

Eine Organisation oder eine Einzelperson kann eine unterzeichnete schriftliche staatliche Beschwerde gemäß den zuvor beschriebenen Verfahren einreichen.

Das Ministerium akzeptiert elektronische Einreichungen staatlicher Beschwerden, und es werden digitale Signaturen benötigt. Wenn eine Beschwerde elektronisch eingereicht wird, wird das Ministerium:

1. eine bestimmte Person als Quelle der Zustimmung identifizieren und authentifizieren und die Zustimmung dieser Person zu den in der elektronischen Zustimmung enthaltenen Informationen angeben;
2. es wird ausreichend sein, um sicherzustellen, dass eine Partei, die eine staatliche Beschwerde elektronisch einreicht, versteht, dass die Beschwerde dieselbe Wirkung hat, wie wenn sie schriftlich eingereicht würde; und
3. sicherstellen, dass die gleichen Vertraulichkeitsanforderungen, die für schriftliche staatliche Beschwerden gelten, auch für elektronisch eingereichte staatliche Beschwerden gelten.

Richten Sie schriftliche Beschwerden an den SES des Ministeriums unter der folgenden Adresse:

E-Mail Adresse: sesdr@alsde.edu

Postanschrift: SES SCHRIFTLICHE BESCHWERDE
Sonderpädagogische Dienste
Alabama State Department of Education
P.O. Box 30201
Montgomery, AL 36130

Die staatliche Beschwerde muss Folgendes enthalten:

1. eine Erklärung, dass die öffentliche Einrichtung gegen eine Anforderung des IDEA oder seiner Durchführungsbestimmungen in 34 C.F.R. Teil 300 verstoßen hat;
2. die Fakten, auf die sich die Erklärung stützt;
3. Unterschrift und Kontaktinformationen der Partei, die die Beschwerde einreicht; und
4. wenn Sie Verstöße in Bezug auf einen bestimmten Schüler geltend machen:
 - a. der Name des Studenten (Schüler) und die Adresse des Wohnsitzes des Studenten (Schülers);
 - b. der Name der Schule, die der Schüler (Student) besucht;
 - c. im Falle eines obdachlosen Schülers oder Jugendlichen, verfügbare Kontaktinformationen des Schülers und der Name der Schule, die der Schüler (Student) besucht;
 - d. eine Beschreibung der Art des Problems des Schülers, einschließlich der Fakten, die sich auf das Problem beziehen; und
 - e. ein Lösungsvorschlag für das Problem, soweit er der Beschwerdeführenden Partei zum Zeitpunkt der Einreichung der Beschwerde bekannt und verfügbar ist.

Die Beschwerde muss sich auf einen Verstoß beziehen, der nicht länger als ein Jahr vor dem Datum des Eingangs der Beschwerde zurückliegt, wie unter der Überschrift **Annahme der staatlichen Beschwerdeverfahren** beschrieben. Die Partei, die die staatliche Beschwerde einreicht, muss gleichzeitig mit der Einreichung der Beschwerde bei der ALSDE eine Kopie der Beschwerde an die für den Schüler zuständige Bildungseinrichtung weiterleiten.

Die Abteilung wird keine schriftlichen Entscheidungen als Antwort auf anonyme Beschwerden ausstellen. Je nach Art der anonymen Beschwerde kann das Ministerium die Informationen jedoch als Teil der allgemeinen Aufsichtspflichten im Rahmen des Überwachungssystems betrachten.

Musterformular für staatliche Beschwerden

Das Ministerium hat ein Musterformular entwickelt, das bei der Einreichung einer staatlichen Beschwerde hilft. Das Ministerium verlangt jedoch nicht die Verwendung dieses Musterformulars, um eine staatliche Beschwerde einzureichen. Sie können das Musterformular oder ein anderes Formular verwenden, solange es die erforderlichen Informationen für die Einreichung einer staatlichen Beschwerde enthält. Das Musterformular des Ministeriums für die Einreichung einer staatlichen Beschwerde finden Sie unter: [Schriftliche Beschwerde gegen den Staat](#) oder www.alabamaachievers.org > Familien und Schüler > Sonderpädagogik > Streitbeilegung > Schriftliche Beschwerde gegen den Staat

Die ALSDE wird keine schriftlichen Entscheidungen als Antwort auf anonyme Beschwerden ausstellen.

STAATLICHE VERMITTLUNGSVERFAHREN

Das Ministerium stellt eine Vermittlung zur Verfügung, um Ihnen und der Behörde die Möglichkeit zu geben, Meinungsverschiedenheiten in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem IDEA beizulegen, einschließlich Angelegenheiten, die vor der Einreichung einer Beschwerde wegen eines ordnungsgemäßen Verfahrens entstehen. Daher steht die Vermittlung zur Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen des IDEA zur Verfügung.

Voraussetzungen

Die Verfahren müssen sicherstellen, dass das Schlichtungsverfahren:

1. freiwillig von Ihrer Seite und von Seiten der Behörde ist;
2. nicht dazu verwendet wird, Ihr Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren zu verweigern oder zu verzögern oder andere Rechte, die im Rahmen des IDEA vorgesehen sind, zu verweigern; und
3. wird von einem qualifizierten und unparteiischen Mediator durchgeführt, der in effektiven Mediationstechniken geschult ist.

Das Ministerium verfügt über eine Liste von Personen, die als Mediatoren qualifiziert sind und die Gesetze und Vorschriften in Bezug auf die Bereitstellung von Sonderschulbildung und damit verbundenen Dienstleistungen kennen.

Die Vermittler werden nach einer randomisierten Weise, nach dem Rotationsprinzip oder auf einer anderen unparteiischen Grundlage ausgewählt.

Die Kosten für das Schlichtungsverfahren, einschließlich der Kosten für die Sitzungen, trägt das Ministerium.

Jedes Treffen im Schlichtungsverfahren muss rechtzeitig angesetzt werden und an einem Ort stattfinden, der für Sie und die Behörde günstig ist.

Wenn Sie und die Behörde einen Streitfall durch das Schlichtungsverfahren lösen, müssen beide Parteien eine rechtsverbindliche Vereinbarung schließen, in der die Lösung und die Vorgehensweise festgelegt sind:

1. erklärt, dass alle Gespräche, die während des Schlichtungsverfahrens stattgefunden haben, vertraulich bleiben und nicht als Beweismittel in einer späteren Anhörung oder einem Zivilverfahren verwendet werden dürfen; und
2. wird sowohl von Ihnen als auch von einem Vertreter der Behörde unterzeichnet, der befugt ist, die Behörde zu verpflichten.

Eine schriftliche, unterzeichnete Vermittlungsvereinbarung ist vor jedem zuständigen Gericht eines Bundesstaates (ein Gericht, das nach dem Recht des Bundesstaates für diese Art von Fällen zuständig ist) oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten durchsetzbar.

Die Gespräche während des Schlichtungsverfahrens müssen vertraulich sein. Sie können nicht als Beweismittel in einer zukünftigen Anhörung oder einem Zivilverfahren vor einem Bundes- oder Landesgericht verwendet werden.

Die Parteien sind jedoch nicht verpflichtet, vor Beginn der Vermittlung eine Vertraulichkeitserklärung zu unterzeichnen.

Unparteilichkeit des Vermittlers (des Mediators)

Der Vermittler (Mediator):

1. er darf kein Angestellter der Bildungseinrichtung sein, die an der Erziehung oder Betreuung Ihres Kindes beteiligt ist; und
2. er darf keine persönlichen oder beruflichen Interessen haben, die der Objektivität des Mediators entgegenstehen.
3. eine Person, die anderweitig als Vermittler qualifiziert ist, ist nicht allein deshalb ein Angestellter des Ministeriums, weil sie vom Ministerium für ihre Tätigkeit als Vermittler bezahlt wird.

Antragsformular für die Vermittlung

Die Abteilung hat ein Formular für die Beantragung einer Vermittlung entwickelt, das Ihnen bei der Beantragung einer Vermittlung hilft. Das Ministerium verlangt jedoch nicht, dass Sie dieses Formular verwenden, um eine Vermittlung zu beantragen.

Das Antragsformular des Ministeriums für die Vermittlung finden Sie unter: [Antrag auf Vermittlung von Streitigkeiten](#) oder www.alabamachieves.org > Familien und Schüler > Sonderpädagogik > Streitschlichtung > Antrag auf Vermittlung von Streitigkeiten.

Das ALSDE bietet Ihnen und der Behörde die Möglichkeit, Streitigkeiten im Rahmen des IDEA zu schlichten.

Die Gespräche während des Schlichtungsverfahrens sind vertraulich und können nicht als Beweismittel in einer zukünftigen Anhörung oder einem Zivilverfahren vor einem Bundes- oder Landesgericht verwendet werden.

GERICHTLICHES ANHÖRUNGSVERFAHREN

Einreichen einer Verfahrensbeschwerde

Sie oder die Behörde können in jeder Angelegenheit, die sich auf ein ordnungsgemäßes Verfahren bezieht, eine Beschwerde einreichen:

1. ein Vorschlag oder eine Weigerung, die Identifizierung, Bewertung oder schulische Platzierung Ihres Kindes zu veranlassen oder zu ändern, oder
2. Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind.

Die Beschwerde für ein gerichtliches Verfahren muss einen Verstoß geltend machen, der nicht mehr als zwei (2) Jahre zurückliegt, bevor Sie oder die Behörde von der angeblichen Handlung, die die Grundlage für die Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren bildet, wussten oder hätten wissen müssen.

Die oben genannte Frist gilt nicht für Sie, wenn Sie innerhalb der Frist keine ordnungsgemäße Beschwerde einreichen können, weil:

1. die Behörde ausdrücklich falsch dargestellt hat, dass sie die in der Beschwerde genannten Probleme gelöst hat; oder
2. die Behörde Ihnen Informationen vorenthalten hat, die sie Ihnen gemäß dem IDEA zur Verfügung stellen musste.

Die Behörde muss Sie über kostenlose oder kostengünstige juristische und andere einschlägige Dienstleistungen in der Region informieren, wenn Sie diese Informationen anfordern oder wenn Sie oder die Behörde eine Beschwerde über ein gerichtliches Verfahren einreichen.

Alabama Disabilities Advocacy Program (ADAP)

P.O. Box 870395 · Tuscaloosa, AL 35487-0395 · (800) 826-1675 · www.adap@adap.ua.edu

Alabama Parent Education Center (APEC)

10520 US Highway 231 · Wetumpka, AL 36092 · (866) 532-7660 · www.alabamaparentcenter.com

Rechtsberatung Alabama

2567 Fairlane Drive, #300 · Montgomery, AL 36116 · (866) 456-4995 · www.legalservicesalabama.org

Eine Empfehlung für einen Anwalt, der auf Sonderschulrecht spezialisiert ist, erhalten Sie bei der Alabama State Bar Association unter (800) 392-5660.

Ordnungsgemäße Beschwerde

Um eine Anhörung zu beantragen, müssen Sie oder die Behörde (oder Ihr Anwalt oder der Anwalt der Behörde) eine Beschwerde bei der anderen Partei einreichen. Diese Beschwerde muss den gesamten unten aufgeführten Inhalt enthalten und muss vertraulich behandelt werden.

Die öffentliche Behörde ist für die Durchführung und die Kosten der Anhörung verantwortlich.

Inhalt einer Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren

Die ordnungsgemäße Beschwerde muss Folgendes enthalten:

1. der Name des Schülers (Studenten);
2. die Adresse des Wohnsitzes des Studenten/Schülers;
3. der Name der Schule des Schülers;
4. wenn es sich bei dem Schüler um einen obdachlosen Schüler oder Jugendlichen handelt, die Kontaktinformationen des Schülers und der Name der jeweiligen Schule;
5. eine Beschreibung der Art des Problems des Schülers im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen oder abgelehnten Einleitung oder Änderung, einschließlich der Fakten im Zusammenhang mit dem Problem; und
6. ein Vorschlag zur Lösung des Problems, soweit er der Beschwerdeführenden Partei (Ihnen oder der Behörde) bekannt ist und ihr zu diesem Zeitpunkt vorliegt.

Eine Empfehlung für einen Anwalt, der auf Sonderschulrecht spezialisiert ist, erhalten Sie bei der Alabama State Bar Association unter (800) 392-5660.

Vor einer Anhörung zu einer Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren ist eine Mitteilung erforderlich

Sie oder die Behörde können erst dann eine Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren erhalten, wenn Sie oder die Behörde eine ordnungsgemäße Beschwerde einreichen, die die oben aufgeführten Informationen enthält.

Angemessenheit der Beschwerde

Damit eine Beschwerde im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens weiterverfolgt werden kann, muss sie als ausreichend angesehen werden. Die Verfahrensbeschwerde gilt als ausreichend (d.h. sie erfüllt die oben genannten inhaltlichen Anforderungen); mit Ausnahme, wenn die Partei, die die Verfahrensbeschwerde erhält (Sie oder die Behörde), dem Anhörungsbeauftragten und der anderen Partei innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde schriftlich mitteilt, dass sie der Meinung ist, die Verfahrensbeschwerde nicht die oben genannten Anforderungen erfüllt.

Innerhalb von fünf (5) Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung, dass die empfangende Partei eine Beschwerde für unzureichend hält, muss der Anhörungsbeauftragte entscheiden, ob die Beschwerde die oben genannten Anforderungen erfüllt, und Sie und die Behörde unverzüglich schriftlich darüber informieren.

Änderung der Beschwerde

Sie oder die Behörde können die Beschwerde nur ändern, wenn:

1. die andere Partei den Änderungen schriftlich zustimmt und die Möglichkeit erhält, die ordnungsgemäße Beschwerde im Rahmen einer Lösungssitzung zu lösen, wie unter der Überschrift **Lösungsverfahren** beschrieben; oder
2. spätestens fünf (5) Tage vor Beginn der ordnungsgemäßen Anhörung der Anhörungsbeauftragte die Genehmigung für die Änderungen erteilt.

Wenn die Beschwerdeführende Partei Änderungen an der Beschwerde vornimmt, beginnen die Fristen für das Einigungsgespräch (innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde) und die Frist für die Einigung (innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde) an dem Tag neu zu laufen, an dem die geänderte Beschwerde eingereicht wird.

Antwort der Behörde auf eine Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren

Wenn die Behörde Ihnen keine vorherige schriftliche Mitteilung, wie unter der Überschrift **Vorherige schriftliche Mitteilung** beschrieben, zu dem in Ihrer Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren enthaltenen Gegenstand gesendet hat, muss die Behörde Ihnen innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren eine Antwort zusenden, die Folgendes enthält:

1. eine Erklärung, warum die Behörde die in der Beschwerde genannte Maßnahme vorgeschlagen oder abgelehnt hat;
2. eine Beschreibung anderer Optionen, die das IEP-Team Ihres Kindes in Betracht gezogen hat, und die Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;
3. eine Beschreibung aller Bewertungsverfahren, Beurteilungen, Aufzeichnungen oder Berichte, die die Behörde als Grundlage für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme verwendet hat; und
4. eine Beschreibung der anderen Faktoren, die für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme der Behörde relevant sind.

Die Bereitstellung der Informationen in den Punkten 1-4 oben hindert die Behörde nicht daran, zu behaupten, dass Ihre Beschwerde unzureichend war.

Antwort der Gegenpartei auf eine ordnungsgemäße Verfahrensbeschwerde

Mit Ausnahme der oben genannten Punkte muss die Partei, die eine Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren erhält, der anderen Partei innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde eine Antwort zukommen lassen, die sich speziell auf die in der Beschwerde genannten Punkte beziehen.

Musterformular für eine ordnungsgemäße Verfahrensbeschwerde

Das Ministerium hat Musterformulare entwickelt, die Ihnen bei der Einreichung einer Beschwerde helfen sollen. Das Ministerium schreibt die Verwendung dieses Musterformulars jedoch nicht vor. Sie können das Musterformular oder ein anderes geeignetes Formular verwenden, solange es die erforderlichen Informationen für die Einreichung einer ordnungsgemäßen Beschwerde enthält.

Ein Musterformular für einen Antrag auf Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens finden Sie unter:

[Streitfall Ordnungsgemäßes Verfahren](#)

oder www.alabamaachievers.org > Familien und Schüler > Sonderpädagogik > Streitschlichtung > Streitfall Ordnungsgemäßes Verfahren.

Damit eine Beschwerde im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens weiterverfolgt werden kann, muss sie als ausreichend angesehen werden.

Ein Musterformular für einen Antrag auf ein ordnungsgemäßes Verfahren finden Sie unter alabamaachievers.org.

LÖSUNGSVERFAHREN

Lösung-Sitzung

Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Benachrichtigung über Ihre Beschwerde und vor Beginn der Anhörung muss die Behörde eine Sitzung mit Ihnen und dem betreffenden Mitglied oder den Mitgliedern des IEP-Teams einberufen, die spezifische Kenntnisse über die in Ihrer Beschwerde genannten Fakten haben.

Die Sitzung:

1. muss einen Vertreter der Behörde einbeziehen, der im Namen der Behörde Entscheidungsbefugnis hat; und
2. ein Anwalt der Behörde darf nicht dabei sein, es sei denn, Sie werden von einem Anwalt begleitet.

Sie und die Behörde bestimmen die jeweiligen Mitglieder des IEP-Teams, die an der Sitzung teilnehmen. Der Zweck der Sitzung besteht darin, dass Sie Ihre Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren und die Fakten, die der Beschwerde zugrunde liegen, besprechen, damit die Behörde die Möglichkeit hat, den Streitfall zu lösen.

Die Lösung-Sitzung ist nicht notwendig, wenn:

1. Sie und die Behörde schriftlich vereinbaren, auf die Sitzung zu verzichten; oder
2. Sie und die Behörde sich verpflichten, das Schlichtungsverfahren in Anspruch zu nehmen, wie unter der Überschrift **Vermittlung** beschrieben.

Lösung-Zeitraum

Wenn die Behörde die Beschwerde nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat (während der Frist für das Lösungsverfahren), kann die Anhörung stattfinden.

Die 45-Kalendertage-Frist für Ausstellung/Erteilung einer endgültigen Anhörungsentscheidung, wie unter der Überschrift **Anhörungsentscheidungen** beschrieben, beginnt mit dem Ablauf der 30-Kalendertage-Frist, mit bestimmten Ausnahmen für Anpassungen, die innerhalb der 30-Kalendertage-Frist vorgenommen werden, wie unten beschrieben.

Außer in den Fällen, in denen Sie und die Behörde vereinbart haben, auf das Schlichtungsverfahren zu verzichten oder eine Vermittlung in Anspruch zu nehmen, verzögert Ihre Nichtteilnahme an der Schlichtungssitzung die Fristen für das Schlichtungsverfahren und die Anhörung, bis die Sitzung abgehalten wird.

Wenn die Behörde trotz angemessener Bemühungen und deren Dokumentation nicht in der Lage ist, Ihre Teilnahme an der Lösungssitzung zu erreichen, kann die Behörde nach Ablauf der 30-Kalendertage-Frist beantragen, dass ein Anhörungsbeauftragter Ihre Beschwerde ablehnt. Die Dokumentation dieser Bemühungen muss eine Aufzeichnung der Versuche der Behörde enthalten, einen einvernehmlich vereinbarten Zeitpunkt und Ort zu vereinbaren, wie z.B.:

1. detaillierte Aufzeichnungen über getätigte oder versuchte Telefonanrufe und die Ergebnisse dieser Anrufe;
2. Kopien der an Sie gerichteten Korrespondenz und der erhaltenen Antworten; und
3. detaillierte Aufzeichnungen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder an Ihrem Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Wenn die Behörde nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Benachrichtigung über Ihre Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren eine Sitzung zur Klärung der Angelegenheit abhält oder nicht an der Sitzung zur Klärung der Angelegenheit teilnimmt, können Sie einen Anhörungsbeauftragten bitten, die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung zu starten.

Wenn die Behörde die Beschwerde nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat (während der Frist für das Lösungsverfahren), kann die Anhörung stattfinden.

Anpassungen an die 30-Kalendertage-Auflösungsfrist

Wenn Sie und die Behörde sich schriftlich darauf einigen, auf die Beschlussbesprechung zu verzichten, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am nächsten Tag.

Wenn Sie und die Behörde nach Beginn der Vermittlung oder der Schlichtungssitzung und vor Ablauf der 30-Kalendertage-Frist für die Schlichtung schriftlich vereinbaren, dass keine Einigung möglich ist, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren am nächsten Tag.

Wenn Sie und die Behörde sich darauf einigen, das Schlichtungsverfahren zu nutzen, aber noch keine Einigung erzielt haben, kann das Schlichtungsverfahren nach Ablauf der 30-Kalendertage-Frist fortgesetzt werden, bis eine Einigung erzielt wird, wenn beide Parteien der Fortführung schriftlich zustimmen.

Wenn jedoch entweder Sie oder die Behörde das Schlichtungsverfahren, während dieses Fortsetzungszeitraums abbrechen, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am nächsten Tag.

Schriftliche Vergleichsvereinbarung

Wenn in der Schlichtungssitzung eine Lösung für den Streitfall gefunden wird, müssen Sie und die Behörde eine rechtsverbindliche Vereinbarung schließen, die Folgendes beinhaltet:

1. unterzeichnet von Ihnen und einem Vertreter der Behörde, der befugt ist, die Behörde zu verpflichten; und
2. vollstreckbar vor jedem zuständigen staatlichen Gericht (ein staatliches Gericht, das für diese Art von Fällen zuständig ist) oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten ist.

Wenn Sie und die Behörde eine Vereinbarung als Ergebnis einer Beschluss-Sitzung schließen, kann jede Partei die Vereinbarung innerhalb von drei (3) Werktagen ab dem Zeitpunkt, an dem sowohl Sie als auch die Behörde die Vereinbarung unterzeichnet haben, für ungültig erklären.

UNPARTEIISCHE ORDNUNGSMEMASSE ANHÖRUNG

Wenn eine Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren eingereicht wird, müssen Sie oder die an der Streitigkeit beteiligte Behörde die Möglichkeit einer unparteiischen Anhörung haben, wie in den Abschnitten über die Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren und das Lösungsverfahren beschrieben.

Unparteiischer Anhörungsbeauftragter

Zumindest ein Anhörungsbeauftragter:

1. darf kein Angestellter der öffentlichen Einrichtung oder einer staatlichen Behörde sein, die an der Erziehung oder Betreuung des Schülers beteiligt ist. Eine Person ist jedoch nicht allein deshalb ein Angestellter der Agentur, weil sie von der Agentur für ihre Tätigkeit als Anhörungsbeauftragter bezahlt wird;
2. darf keine persönlichen oder beruflichen Interessen haben, die die Objektivität des Anhörungsbeauftragten bei der Anhörung beeinträchtigen;
3. er muss die Bestimmungen des IDEA, die bundes- und einzelstaatlichen Vorschriften zum IDEA und die rechtlichen Auslegungen des IDEA durch Bundes- und einzelstaatliche Gerichte kennen und verstehen; und
4. müsste über das Wissen und die Fähigkeit verfügen, Anhörungen zu leiten und Entscheidungen zu treffen und zu verfassen, die mit der angemessenen und üblichen Rechtspraxis vereinbar sind.

Das Ministerium führt eine Liste der Personen, die als Anhörungsbeauftragte fungieren, die eine Erklärung über die Qualifikationen der einzelnen Anhörungsbeauftragten enthält.

Gegenstand der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren

Die Partei, die die Anhörung beantragt, darf in der Anhörung keine Punkte ansprechen, die in der Beschwerde nicht angesprochen wurden, es sei denn, die andere Partei stimmt dem zu.

Zeitplan für die Beantragung einer Anhörung

Sie oder die Behörde müssen innerhalb von zwei (2) Jahren nach dem Datum, an dem Sie oder die Behörde von dem in der Beschwerde angesprochenen Problem wussten oder hätten wissen müssen, eine unparteiische Anhörung zu einer Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren beantragen.

Wenn Sie und die Behörde sich schriftlich darauf einigen, auf die Beschlussbesprechung zu verzichten, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am nächsten Tag.

Die ALSDE führt eine Liste der Personen, die als Anhörungsbeauftragte fungieren, die eine Erklärung über die Qualifikationen der einzelnen Anhörungsbeauftragten enthält.

Ausnahmen vom Zeitplan

Der oben genannte Zeitrahmen gilt nicht für Sie, wenn Sie keine Beschwerde einreichen können, weil Sie nicht in der Lage sind, ein ordentliches Verfahren einzuleiten:

1. die Behörde ausdrücklich falsch dargestellt hat, dass sie das Problem oder die Frage, die Sie in Ihrer Beschwerde ansprechen, gelöst hat; oder
2. die Behörde Ihnen Informationen vorenthalten hat, die sie Ihnen gemäß dem IDEA zur Verfügung stellen musste.

Anhørungsrechte

Jede Partei in einer Anhörung zu einem ordnungsgemäßen Verfahren (einschließlich einer Anhörung im Zusammenhang mit einem Disziplinarverfahren) hat das Recht auf:

1. Sie sich von einem Anwalt und/oder von Personen mit besonderen Kenntnissen oder Ausbildungen in Bezug auf die Probleme von Schülern mit Behinderungen begleiten und beraten zu lassen;
2. Beweise vorzulegen und Zeugen konfrontieren, ins Kreuzverhör nehmen und deren Anwesenheit verlangen;
3. die Einführung von Beweisen bei der Anhörung zu untersagen, die der betreffenden Partei nicht mindestens fünf (5) Werktage vor der Anhörung mitgeteilt wurden;
4. eine schriftliche oder wahlweise elektronische wortgenaue Aufzeichnung der Anhörung zu erhalten; und
5. schriftliche oder, nach Ihrer Wahl, elektronische Feststellungen und Entscheidungen erhalten.

Die Partei, welche die Beschwerde einleitet, trägt die Beweislast oder die Verantwortung, die Behauptungen der Beschwerde zu beweisen.

Zusätzliche Bekanntgabe von Informationen

Mindestens fünf (5) Werktage vor einer Anhörung müssen Sie und die Behörde gegenseitig alle bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Bewertungen und die darauf basierenden Empfehlungen offenlegen, die Sie oder die Behörde bei der Anhörung verwenden möchten.

Ein Anhørungsbeauftragter kann eine Partei, die dieser Anforderung nicht nachkommt, daran hindern, die betreffende Bewertung oder Empfehlung, ohne die Zustimmung der anderen Partei in der Anhörung vorzutragen.

Elterliche Rechte bei Anhørungen

Sie müssen das Recht dazu haben:

1. dass Ihr Kind bei der Anhörung anwesend sein sollte;
2. die Öffentlichkeit der Anhörung zuzulassen; und
3. das Protokoll der Anhörung, die Sachverhaltsfeststellungen und die Entscheidungen Ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Anhørungsentscheidungen

Die Entscheidung eines Anhørungsbeauftragten, ob Ihr Kind FAPE erhalten hat, muss auf Beweisen und Argumenten beruhen, die sich direkt auf FAPE basieren.

In Fällen, in denen ein Verfahrensfehler geltend gemacht wird (z. B. „ein unvollständiges IEP-Team“), kann ein Anhørungsbeauftragter nur dann feststellen, dass Ihr Kind keine FAPE erhalten hat, wenn der Verfahrensfehler vorliegt:

1. das Recht Ihres Kindes auf FAPE beeinträchtigt hat;
2. Ihre Möglichkeit, sich an der Entscheidungsfindung bezüglich der Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind zu beteiligen, erheblich beeinträchtigt hat; oder
3. Ihrem Kind einen erzieherischen Nutzen vorenthalten hat.

Keine der oben beschriebenen Bestimmungen kann so ausgelegt werden, dass sie einen Anhørungsbeauftragten daran hindert, die Behörde anzuweisen, die Anforderungen des Abschnitts über Verfahrensgarantien in den Bundesvorschriften im Rahmen des IDEA (34 C.F.R. §§ 300.500 bis 300.536) einzuhalten.

Nach der Unterbringung eines Schülers in einer Privatschule oder der Fortsetzung der Unterbringung in einer Privatschule kann die Privatschule vom Anhørungsbeauftragten nicht als angemessene Unterbringung eingestuft werden, wenn die öffentliche Behörde nicht in der Lage war, ihre Verantwortung für die Bereitstellung von FAPE für den Schüler sicherzustellen.

Sie müssen das Recht haben, dass Ihr Kind bei der Anhörung anwesend ist, dass die Anhörung öffentlich ist und dass Ihnen das Protokoll der Anhörung, die Sachverhaltsfeststellungen und die Entscheidungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Gesonderter Antrag auf eine Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren

Der Abschnitt über die Verfahrensgarantien in den IDEA-Bundesverordnungen (34 C.F.R. §§ 300.500 bis 300.536) kann nicht dahingehend ausgelegt werden, dass Sie daran gehindert werden, eine gesonderte Beschwerde über einen Sachverhalt einzureichen, der von einer bereits eingereichten Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren getrennt ist.

Ergebnisse und Entscheidung, die dem Beratungsgremium und der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden

Das Ministerium muss nach der Löschung aller persönlich identifizierbaren Informationen:

1. dem staatlichen Beratungsausschuss für Sonderpädagogik (SEAP) die Ergebnisse und Entscheidungen der Anhörung übermitteln; und
2. diese Ergebnisse und Entscheidungen der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Wirksamkeit der Entscheidung und Berufung

Eine Entscheidung, die in einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens (einschließlich einer Anhörung im Zusammenhang mit einem Disziplinarverfahren) getroffen wird, rechtsgültig, es sei denn, jede an der Anhörung beteiligte Partei kann gegen die Entscheidung Berufung einlegen, indem sie eine Zivilklage erhebt, wie unter der Überschrift **Zivilklagen**, einschließlich der **Frist für die Einreichung dieser Klagen, beschrieben**.

Fristen und Zweckmäßigkeit der Anhörungen

Das Department muss sicherstellen, dass spätestens 45 Kalendertage nach Ablauf der 30-Kalendertage-Frist für Resolution-Meetings oder, wie unter der Unterüberschrift **Anpassungen der 30-Kalendertage-Resolution Period** beschrieben, spätestens 45 Kalendertage nach Ablauf der angepassten Frist:

1. in der Anhörung eine endgültige Entscheidung getroffen wird; und
2. eine Kopie der Entscheidung an jede der Parteien zugestellt wird.

Ein Anhörungsbeauftragter kann auf Antrag einer der Parteien bestimmte Fristverlängerungen, über die oben beschriebene 45-Kalendertage-Frist hinaus gewähren. Jede Verlängerung darf nicht länger als 45 Tage sein. Um eine Verlängerung in Betracht zu ziehen, berücksichtigt der Anhörungsbeauftragte Folgendes:

1. die negativen Auswirkungen der Verlängerung der Zeit, in der sich die Ausbildung eines Schülers durch die Verlängerung verzögert;
2. die Fähigkeit der antragstellenden Partei, auf die Beantragung einer Verlängerung verzichten zu können;
3. wenn der Antrag auf Fristverlängerung vom Antragsteller stammt, ob der Antragsteller die Möglichkeit hatte, sich angemessen vorzubereiten, bevor er eine Anhörung beantragte;
4. die negativen Auswirkungen einer Ablehnung des Antrags auf Verlängerung;
5. die Absicht von IDEA 2004 ist es, ein informelles Verwaltungsverfahren zu beschleunigen; und
6. ob die Gewährung des Antrags auf Fristverlängerung die Absicht des Gesetzes zugunsten der Zweckmäßigkeit der Parteien außer Kraft setzt.

Der Anhörungsbeauftragte gewährt keine Fristverlängerung für eine Anhörung, es sei denn, es wird ein zwingender Grund oder ein besonderer Nachweis für eine erhebliche Schwierigkeit vorgelegt.

Der Anhörungsbeauftragte antwortet schriftlich auf jeden Antrag auf Fristverlängerung. Jede Antwort muss Sachverhaltsfeststellungen und Schlussfolgerungen enthalten, warum ein wichtiger Grund vorliegt. Jede Antwort wird ein Teil der Aufzeichnungen sein. Wird eine Verlängerung gewährt, setzt der Anhörungsbeauftragte einen neuen Termin für die Anhörung fest u. teilt diesen den Parteien schriftlich mit.

Jede Anhörung muss zu einem Zeitpunkt und an einem Ort stattfinden, der für Sie und Ihr Kind angemessen ist.

ZIVILKLAGEN

Jede Partei, die mit den Ergebnissen und der Entscheidung der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren (einschließlich einer Anhörung zum Disziplinarverfahren) nicht einverstanden ist, hat das Recht, eine Zivilklage in Bezug auf die Angelegenheit, die Gegenstand der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren war, einzureichen. Die Klage kann bei einem zuständigen staatlichen Gericht (ein staatliches Gericht, das für diese Art von Fällen zuständig ist) oder bei einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten eingereicht werden; unabhängig von der Höhe des Streitwerts.

Jede Anhörung muss zu einem Zeitpunkt und an einem Ort stattfinden, der für Sie und Ihr Kind angemessen ist.

Der Anhörungsbeauftragte gewährt keine Fristverlängerung für eine Anhörung, es sei denn, es wird ein zwingender Grund oder ein besonderer Nachweis für eine erhebliche Schwierigkeit vorgelegt.

Zeitliche Begrenzung

Die Partei, welche die Klage einreicht, verfügt über eine Frist von 30 Kalendertagen ab dem Datum der Entscheidung des Anhörungsbeauftragten, um eine Zivilklage einzureichen.

Zusätzliche Prozeduren

In jeder zivilrechtlichen Klage muss das Gericht:

1. die Aufzeichnungen über die Verwaltungsverfahren entgegennehmen;
2. auf Ihren Antrag hin oder auf Antrag der Behörde zusätzliche Beweise anhören; und
3. sich bei seiner Entscheidung auf die Mehrheit der Beweise stützen und den Rechtsbehelf gewähren, den das Gericht für angemessen hält.

Unter entsprechenden Umständen kann der gerichtliche Rechtsbehelf auch die Erstattung von Schulgeld für Privatschulen und die Leistung von Nachhilfeunterricht umfassen.

ZUSTÄNDIGKEIT DER BEZIRKSGERICHTE

Die Bezirksgerichte der Vereinigten Staaten sind befugt, über Klagen im Rahmen des IDEA ohne Rücksicht auf den Streitwert zu entscheiden.

KONSTRUKTIONSREGEL

Keine Bestimmung des IDEA schränkt die Rechte, Verfahren und Rechtsbehelfe ein, die gemäß der US-Verfassung, dem Americans with Disabilities Act von 1990, Titel V des Rehabilitation Act von 1973 (Abschnitt 504) oder anderen Bundesgesetzen zum Schutz der Rechte von Schülern mit Behinderungen zur Verfügung stehen, mit der Ausnahme, dass vor der Einreichung einer Zivilklage gemäß diesen Gesetzen, die auf Rechtsbehelfe abzielt, die auch im Rahmen des IDEA zur Verfügung stehen, die oben beschriebenen ordnungsgemäßen Verfahren im gleichen Umfang aufgelöst werden müssen, wie dies erforderlich wäre, wenn die Partei die Klage gemäß dem IDEA einreichen würde.

DIE UNTERBRINGUNG DES SCHÜLERS, WÄHREND DER KLAGE UND DER ANHÖRUNG

Außer wie unten unter der Überschrift **Verfahren bei der Disziplinierung von Schülern mit Behinderungen** beschrieben, muss Ihr Kind nach der Übermittlung einer ordnungsgemäßen Beschwerde an die andere Partei, während des Lösungszeitraums und während des Wartens auf die Entscheidung einer unparteiischen ordnungsgemäßen Anhörung oder eines Gerichtsverfahrens in seiner derzeitigen schulischen Unterbringung bleiben, es sei denn, Sie und die öffentliche Einrichtung vereinbaren etwas anderes.

Wenn die Beschwerde einen Antrag auf Erstaufnahme in eine öffentliche Schule betrifft, muss Ihr Kind mit Ihrer Zustimmung bis zum Abschluss des Verfahrens in der regulären öffentlichen Schule untergebracht werden.

Wenn die Beschwerde im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens einen Antrag auf erste Dienstleistungen gemäß dem IDEA für einen Schüler betrifft, der von der Betreuung gemäß Teil C des IDEA zu Teil B des IDEA übergeht und der keinen Anspruch mehr auf Dienstleistungen gemäß Teil C hat, weil der Schüler drei Jahre alt geworden ist, ist die öffentliche Einrichtung nicht verpflichtet, die Dienstleistungen gemäß Teil C zu erbringen, die der Schüler bisher erhalten hat. Wenn der Schüler nach Teil B des IDEA für zulässig befunden wird und Sie zustimmen, dass Ihr Kind zum ersten Mal sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen erhält, dann muss die Behörde bis zum Ausgang des Verfahrens die unstrittigen sonderpädagogischen und damit zusammenhängenden Leistungen erbringen.

Wenn ein Anhörungsbeauftragter in einem ordnungsgemäßen Verfahren mit Ihnen übereinstimmt, dass ein Wechsel der Unterbringung angemessen ist, muss diese Unterbringung als die derzeitige schulische Unterbringung Ihres Kindes behandelt werden, in der Ihr Kind verbleibt, bis die Entscheidung einer unparteiischen ordnungsgemäßen Anhörung oder eines Gerichtsverfahrens vorliegt.

ANWALTSKOSTEN

In jeder Klage oder jedem Verfahren, das im Rahmen des IDEA eingereicht wird, kann das Gericht nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltskosten als Teil der Kosten zusprechen, wenn Sie überwiegend sind (gewinnen).

Wenn Sie sich für die Anwesenheit eines Anwalts und die Teilnahme an Schlichtungs- oder Vermittlungssitzungen entscheiden, werden die Ihnen in Rechnung gestellten Anwaltskosten möglicherweise nicht von der Behörde erstattet oder übernommen. Denn die Eltern und die Behörde haben im Rahmen der Schlichtungssitzungen und der Vermittlung die Möglichkeit, das Problem zu lösen und Vereinbarungen zu treffen, so dass die Teilnahme eines Anwalts am Schlichtungstreffen und an der Vermittlung für keine der Parteien angebracht ist.

Die Partei, welche die Klage einreicht, verfügt über eine Frist von 30 Kalendertagen ab dem Datum der Entscheidung des Anhörungsbeauftragten, um eine Zivilklage einzureichen.

Die Bezirksgerichte der Vereinigten Staaten sind befugt, über Klagen im Rahmen des IDEA ohne Rücksicht auf den Streitwert zu entscheiden.

In jeder Klage oder jedem Verfahren, das unter Teil B des IDEA eingeleitet wird, kann das Gericht nach eigenem Ermessen der State Educational Agency, der öffentlichen Behörde, angemessene Anwaltskosten als Teil der Kosten zusprechen, die von Ihrem Anwalt zu zahlen sind, wenn der Anwalt:

1. eine Klage oder ein Gerichtsverfahren eingereicht hat, das nach Ansicht des Gerichts leichtfertig, unangemessen oder unbegründet ist; oder
2. den Rechtsstreit fortgesetzt hat, nachdem er eindeutig leichtfertig, unangemessen oder unbegründet war; oder in einem Verfahren, das unter Teil B des IDEA eingeleitet wurde, das Gericht nach eigenem Ermessen der staatlichen Bildungsbehörde (State Educational Agency) angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten zusprechen kann, die von Ihnen oder Ihrem Anwalt zu tragen sind, wenn Ihr Antrag auf eine Anhörung oder ein späteres Gerichtsverfahren zu einem unangemessenen Zweck gestellt wurde, wie z.B. um zu beunruhigen, unnötige Verzögerungen zu verursachen oder die Kosten der Klage oder des Verfahrens (Anhörung) unnötig zu erhöhen.

Gewährung von Gebühren

Ein Gericht spricht angemessene Anwaltsgebühren wie folgt zu:

1. die Gebühren müssen sich an die Verhältnisse basieren, die in der Gemeinde, in der die Klage oder das Verfahren anhängig ist u. für die Art und Qualität der erbrachten Leistungen üblich sind. Bei der Berechnung der zuerkannten Gebühren darf kein Bonus oder Multiplikator verwendet werden.
2. Anwaltshonorare und damit zusammenhängende Kosten können in einer Klage oder einem Verfahren gemäß Teil B des IDEA für Leistungen, die erbracht wurden, nachdem Ihnen ein schriftliches Vergleichsangebot unterbreitet wurde, nicht erstattet werden, wenn:
 - a. das Angebot innerhalb der in Rule 68 der Federal Rules of Civil Procedure vorgeschriebenen Frist unterbreitet wird oder, im Falle einer Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens oder einer Überprüfung auf staatlicher Ebene, zu einem Zeitpunkt, der mehr als 10 Kalendertage vor Beginn des Verfahrens liegt;
 - b. das Angebot nicht innerhalb von 10 Kalendertagen angenommen wird; und
 - c. das Gericht oder der Anhörungsbeauftragte der Behörde feststellt, dass die schließlich von Ihnen erwirkte Hilfe nicht günstiger für Sie ist als das Vergleichsangebot.Trotz dieser Einschränkungen können Ihnen Anwaltsgebühren und damit verbundene Kosten zuerkannt werden, wenn Sie obsiegen und die Ablehnung des Vergleichsangebots im Wesentlichen gerechtfertigt war.
3. es können keine Gebühren im Zusammenhang mit einer Sitzung des IEP-Teams gewährt werden, es sei denn, die Sitzung wird aufgrund eines Verwaltungsverfahrens oder einer gerichtlichen Klage abgehalten.

Auch für eine Vermittlung, wie sie unter der Überschrift **Vermittlung** beschrieben wird, können keine Gebühren erhoben werden.

Eine Resolution-Sitzung, wie unter der Überschrift **Beschlussverfahren** beschrieben, gilt nicht als Sitzung, die als Ergebnis einer Verwaltungsanhörung oder eines Gerichtsverfahrens einberufen wurde, und gilt auch nicht als Verwaltungsanhörung oder Gerichtsverfahren für die Zwecke dieser Bestimmungen über die Anwaltsgebühren.

Das Gericht reduziert gegebenenfalls den Betrag der gemäß Teil B des IDEA zugesprochenen Anwaltskosten, wenn das Gericht feststellt, dass:

1. Sie oder Ihr Anwalt im Verlauf der Klage oder des Verfahrens die endgültige Beilegung des Rechtsstreits unangemessen verzögert haben;
2. die Höhe der ansonsten zustehenden Anwaltsgebühren in unangemessener Weise den Stundensatz übersteigt, der in der Gemeinschaft für ähnliche Leistungen von Anwälten mit einigermaßen ähnlichen Fähigkeiten, Ruf und Erfahrung üblich ist;
3. die aufgewendete Zeit und die erbrachten Rechtsdienstleistungen in Anbetracht der Art der Klage oder des Verfahrens unverhältnismäßig waren; oder
4. der Anwalt, der Sie vertritt, der Behörde nicht die entsprechenden Informationen in der Mitteilung über den Antrag auf ein ordnungsgemäßes Verfahren übermittelt hat, wie unter der Überschrift **Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren** beschrieben.

Das Gericht darf die Gebühren jedoch nicht herabsetzen, wenn das Gericht feststellt, dass die Behörde die endgültige Beilegung der Klage oder des Verfahrens unangemessen verzögert hat oder wenn ein Verstoß gegen die Bestimmungen über die Verfahrensgarantien in Teil B des IDEA vorliegt.

Zugang zu Aufzeichnungen

VERTRAULICHKEIT DER INFORMATIONEN

Eltern oder Schüler, die 19 Jahre oder älter sind, haben gemäß dem Family Educational Rights and Privacy Act (FERPA) und den staatlichen Gesetzen zum Schutz der Bildungsrechte und der Privatsphäre von Schülern und Eltern Rechte in Bezug auf die Bildungsunterlagen ihres Kindes. Wenn ein Schüler 19 Jahre alt wird, gehen gemäß FERPA und staatlichem Recht die Rechte der Eltern in Bezug auf die Bildungsunterlagen des Schülers, einschließlich des Rechts auf Zustimmung zur Freigabe von Unterlagen, auf den Schüler über.

PERSÖNLICH IDENTIFIZIERBARE INFORMATIONEN (PII)

Persönlich identifizierbar sind Informationen, die Folgendes umfassen:

1. der Name Ihres Kindes, Ihr Name als Elternteil oder der Name eines anderen Familienmitglieds;
2. die Adresse Ihres Kindes;
3. ein persönliches Personenkennzeichen, wie die Sozialversicherungsnummer oder die Studentenidentifikationsnummer Ihres Kindes; oder
4. eine Liste mit persönlichen Merkmalen oder anderen Informationen, die es ermöglichen würden, Ihr Kind mit hinreichender Sicherheit zu identifizieren.

MITTEILUNG AN DIE ELTERN

Die Bildungseinrichtung muss die Eltern in angemessener Weise über die Vertraulichkeit personenbezogener Daten informieren, einschließlich:

1. eine Beschreibung des Umfangs, in dem die Bekanntmachung in den Muttersprachen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Staates gegeben wird;
2. eine Beschreibung der Schüler, über die personenbezogene Daten gespeichert werden, die Art der gesuchten Informationen, die Methoden, die der Staat bei der Sammlung der Informationen anzuwenden gedenkt (einschließlich der Quellen, von denen Informationen gesammelt werden), und die Verwendung der Informationen;
3. eine Zusammenfassung der Richtlinien und Verfahren, die die teilnehmenden Agenturen in Bezug auf die Speicherung, Weitergabe an Dritte, Aufbewahrung und Vernichtung von personenbezogenen Daten befolgen müssen; und
4. eine Beschreibung aller Rechte von Eltern und Schülern in Bezug auf diese Informationen, einschließlich der Rechte gemäß FERPA und seiner Durchführungsbestimmungen in 34 CFR Teil 99.

Vor jeder größeren Aktivität zur Identifizierung, Lokalisierung oder Bewertung von Schülern, die sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen benötigen (auch bekannt als „child find“), muss die Bekanntmachung in Zeitungen oder anderen Medien oder in beiden veröffentlicht oder angekündigt werden, mit einer Auflage, die ausreicht, um die Eltern im ganzen Bundesstaat über diese Aktivitäten zu informieren.

ZUGANGSRECHTE

Die teilnehmende Behörde muss Ihnen gestatten, alle Bildungsunterlagen zu Ihrem Kind einzusehen und zu überprüfen, die von der Bildungsbehörde im Rahmen von IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden. Die teilnehmende Behörde muss Ihrem Antrag auf Einsichtnahme in die Bildungsunterlagen Ihres Kindes ohne unnötige Verzögerung nachkommen, und zwar vor einer Sitzung bezüglich eines IEP oder einer unparteiischen Anhörung (einschließlich einer Anhörung bezüglich der Disziplin) oder einer Lösungssitzung, und in keinem Fall mehr als

45 Kalendertage, nachdem Sie den Antrag gestellt haben.

Ihr Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung von Bildungsunterlagen umfasst:

1. Ihr Recht auf eine Antwort der teilnehmenden Agentur auf Ihre angemessenen Anfragen nach Erklärungen und Interpretationen der Aufzeichnungen;
2. Ihr Recht, von der teilnehmenden Agentur Kopien der Aufzeichnungen zu verlangen, wenn Sie die Aufzeichnungen nur dann effektiv einsehen und überprüfen können, wenn Sie diese Kopien erhalten; und
3. Ihr Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung der Unterlagen durch Ihren Vertreter.

Die teilnehmende Behörde kann davon ausgehen, dass Sie berechtigt sind, die Unterlagen zu Ihrem Kind einzusehen und zu überprüfen, es sei denn, Sie werden darauf hingewiesen, dass Sie nach geltendem staatlichem Recht, das Angelegenheiten wie Vormundschaft, Trennung und Scheidung regelt, nicht dazu berechtigt sind.

Unter **Beseitigung** versteht man die physische Zerstörung oder die Entfernung von persönlichen Identifikationsmerkmalen aus den Daten, so dass die Daten nicht mehr persönlich identifizierbar sind.

Bildungsaufzeichnungen bedeutet die Art von Aufzeichnungen, die unter die Definition von „Bildungsaufzeichnungen“ in 34 CFR Teil 99 (die Vorschriften zur Umsetzung des FERPA von 1974, 20 U.S.C. 1232g).

Teilnehmende Einrichtung bezeichnet jede Schule, Behörde oder Institution, die im Rahmen des IDEA personenbezogene Daten erhebt, verwaltet oder verwendet oder von den Informationen eingeholt werden.

Zugriffsprotokoll

Jede teilnehmende Behörde muss Aufzeichnungen über die Personen führen, die Zugang zu den im Rahmen des IDEA gesammelten, aufbewahrten oder verwendeten Bildungsunterlagen erhalten (mit Ausnahme des Zugangs von Eltern und autorisierten Mitarbeitern der teilnehmenden Behörde), einschließlich des Namens der Person, des Datums, an dem der Zugang gewährt wurde, und des Zwecks, für den die Person berechtigt ist, die Unterlagen zu nutzen.

Aufzeichnungen zu mehr als einem Schüler (Student)

Wenn eine Schulakte Informationen über mehr als einen Schüler enthält, haben die Eltern dieser Schüler das Recht, nur die ihr Kind betreffenden Informationen einzusehen und zu überprüfen oder über diese spezifischen Informationen informiert zu werden.

Liste der Arten und Stellen von Informationen

Jede teilnehmende Agentur/Dienststelle muss Ihnen auf Anfrage eine Liste der Arten und Orte von Bildungsunterlagen zur Verfügung stellen, die von der teilnehmenden Agentur/Dienststelle gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden.

Gebühren

Jede teilnehmende Behörde kann eine Gebühr für Kopien von Unterlagen erheben, die im Rahmen des IDEA für Sie angefertigt werden, sofern die Gebühr Sie nicht effektiv daran hindert, Ihr Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung dieser Unterlagen auszuüben.

Eine teilnehmende Agentur/Dienststelle darf keine Gebühr für die Suche nach oder den Abruf von Informationen im Rahmen von IDEA erheben.

Änderung von Aufzeichnungen auf Antrag der Eltern

Wenn Sie der Meinung sind, dass Informationen über Ihr Kind in den Bildungsunterlagen, die im Rahmen des IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden, ungenau oder irreführend sind oder die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie die teilnehmende Behörde auffordern, die Informationen zu ändern.

Die teilnehmende Agentur muss innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Erhalt Ihrer Anfrage entscheiden, ob die Informationen entsprechend Ihrer Anfrage geändert werden können.

Wenn die teilnehmende Agentur sich weigert, die Informationen entsprechend Ihrem Antrag zu ändern, muss sie Sie über die Weigerung informieren und Sie auf Ihr Recht auf eine Anhörung hinweisen, wie unter der Überschrift

Gelegenheit zur Anhörung beschrieben.

Möglichkeit zur Anhörung

Die teilnehmende Behörde muss Ihnen auf Anfrage die Möglichkeit einer Anhörung geben, um Informationen in den Bildungsunterlagen über Ihr Kind anzufechten, um sicherzustellen, dass diese nicht ungenau oder irreführend sind oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen.

Anhörungsprozeduren

Eine Anhörung zur Anfechtung von Informationen in Bildungsunterlagen muss nach den Verfahren für solche Anhörungen gemäß FERPA (Protection of Educational Rights and Privacy of Students and Parents) durchgeführt werden.

Ergebnis der Anhörung

Wenn die teilnehmende Behörde nach der Anhörung zu dem Schluss kommt, dass die Informationen ungenau oder irreführend sind oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, muss sie die Informationen dementsprechend ändern und Sie schriftlich darüber informieren.

Wenn die teilnehmende Behörde nach der Anhörung zu dem Schluss kommt, dass die Informationen nicht ungenau oder irreführend sind oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, muss sie Sie über Ihr Recht informieren, in den Unterlagen, die sie über Ihr Kind führt, eine Erklärung vorzulegen, in der Sie die Informationen erläutern oder die Gründe angeben, warum Sie mit der Entscheidung der teilnehmenden Behörde nicht einverstanden sind.

Eine solche Erklärung muss in den Unterlagen Ihres Kindes enthalten sein:

1. von der teilnehmenden Agentur als Teil der Aufzeichnungen über Ihr Kind aufbewahrt werden, solange die Aufzeichnung oder der angefochtene Teil von der teilnehmenden Agentur aufbewahrt wird; und
2. wenn die teilnehmende Agentur die Aufzeichnungen über Ihr Kind oder die angefochtenen Informationen an eine andere Partei weitergibt, muss die Erklärung auch an diese Partei weitergegeben werden.

Jede teilnehmende Behörde kann eine Gebühr für Kopien von Unterlagen erheben, die im Rahmen des IDEA für Sie erstellt werden.

Zustimmung zur Offenlegung personenbezogener Daten

Sofern die Informationen nicht in Bildungsunterlagen enthalten sind und die Weitergabe ohne elterliche Zustimmung gemäß FERPA zulässig ist, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor persönlich identifizierbare Informationen an andere Parteien als Beamte der teilnehmenden Behörden weitergegeben werden. Außer unter den unten genannten Umständen ist Ihre Zustimmung nicht erforderlich, bevor persönlich identifizierbare Informationen an Beamte der teilnehmenden Behörden weitergegeben werden, um eine Anforderung des IDEA zu erfüllen.

Ihre Zustimmung oder die Zustimmung eines berechtigten Schülers, der nach staatlichem Recht die Volljährigkeit erreicht hat, muss eingeholt werden, bevor persönlich identifizierbare Informationen an Mitarbeiter von Einrichtungen weitergegeben werden, die Übergangsdienste anbieten oder bezahlen.

Sicherheitsmaßnahmen

Jede teilnehmende Agentur muss die Vertraulichkeit personenbezogener Daten in den Phasen der Erhebung, Speicherung, Weitergabe und Vernichtung schützen.

Ein Beamter jeder teilnehmenden Agentur muss die Verantwortung für die Sicherstellung der Vertraulichkeit aller persönlich identifizierbaren Informationen übernehmen.

Alle Personen, die personenbezogene Daten erheben oder verwenden, müssen eine Schulung oder Unterweisung zu den Richtlinien und Verfahren des Staates bezüglich der Vertraulichkeit gemäß IDEA und FERPA erhalten.

Jede teilnehmende Behörde muss eine aktuelle Liste mit den Namen und Positionen der Mitarbeiter der Behörde, die Zugang zu personenbezogenen Daten haben könnten, zur öffentlichen Einsichtnahme bereithalten.

Vernichtung von Informationen

Die Behörde muss Sie informieren, wenn personenbezogene Daten, die im Rahmen des IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden, nicht mehr benötigt werden, um Ihrem Kind Bildungsdienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die Informationen müssen auf Ihren Wunsch hin vernichtet werden. Eine dauerhafte Aufzeichnung des Namens, der Adresse und der Telefonnummer Ihres Kindes, seiner Noten, seiner Anwesenheitsliste, der besuchten Klassen, der abgeschlossenen Klassenstufe und des abgeschlossenen Jahres kann jedoch ohne zeitliche Begrenzung aufbewahrt werden.

Auf Ihren Antrag hin muss die Bildungseinrichtung Ihnen auch vor der Vernichtung der Unterlagen Einsicht in die Bildungsunterlagen gewähren.

Die Rechte der Kinder

ÜBERTRAGUNG VON RECHTEN

Das Ministerium verfügt über Richtlinien und Verfahren, die regeln, inwieweit Kindern ähnliche Rechte auf Privatsphäre gewährt werden wie den Eltern, wobei das Alter des Kindes und die Art oder Schwere der Behinderung berücksichtigt werden.

Gemäß den FERPA-Bestimmungen in 34 CFR 99.5(a) werden die Rechte der Eltern in Bezug auf Bildungsunterlagen mit 19 Jahren auf den Schüler übertragen.

Wenn die Rechte, die den Eltern im Rahmen des IDEA gewährt werden, gemäß 34 C.F.R. § 300.520 auf einen Schüler übertragen werden, der die Volljährigkeit erreicht hat, müssen auch die Rechte in Bezug auf die Bildungsunterlagen in 34 C.F.R. §§ 300.613 bis 300.624 auf den Schüler übertragen werden. Die öffentliche Einrichtung muss dem Schüler und den Eltern jedoch alle in Abschnitt 615 des Gesetzes vorgeschriebenen Mitteilungen zukommen lassen.

KINDER MIT BEHINDERUNGEN, DIE VON IHREN ELTERN IN PRIVATSCHULEN EINGESCHRIEBEN WERDEN, WENN ES UM KOSTENLOSE, ANGEMESSENE ÖFFENTLICHE BILDUNG GEHT

Nach dem IDEA ist die öffentliche Behörde nicht verpflichtet, die Kosten für die Ausbildung Ihres Kindes mit einer Behinderung an einer privaten Schule oder Einrichtung zu übernehmen, wenn die öffentliche Behörde Ihrem Kind FAPE zur Verfügung gestellt hat und Sie sich dafür entscheiden, den Schüler in einer privaten Schule oder Einrichtung unterzubringen. Die öffentliche Einrichtung muss Ihr Kind jedoch in die Population/jeweilige Gruppe aufnehmen, deren Bedürfnisse gemäß den IDEA-Bestimmungen für Schüler, die von ihren Eltern in einer Privatschule untergebracht wurden, gemäß 34 C.F.R. §§ 300.131 bis 300.144 berücksichtigt werden.

Auf Ihren Antrag hin muss die Behörde Ihnen vor der Vernichtung der Unterlagen Einsicht in die Bildungsunterlagen erlauben.

Teilnehmende Einrichtung bezeichnet jede Schule, Behörde oder Institution, die im Rahmen des IDEA personenbezogene Daten erhebt, verwaltet oder verwendet oder von den Informationen eingeholt werden.

Erstattung der Kosten für die Unterbringung in einer Privatschule

Wenn Ihr Kind zuvor sonderpädagogische und damit verbundene Leistungen unter der Aufsicht der öffentlichen Behörde erhalten hat und Sie sich dafür entscheiden, Ihr Kind in einer privaten Vorschule, Grundschule oder weiterführenden Schule anzumelden, ohne dass die öffentliche Behörde zugestimmt oder es an sie verwiesen hat, kann ein Gericht oder ein Anhörungsbeauftragter von der öffentlichen Behörde verlangen, Ihnen die Kosten für diese Anmeldung zu erstatten, wenn das Gericht oder der Anhörungsbeauftragte feststellt, dass die öffentliche Behörde Ihrem Kind nicht rechtzeitig vor dieser Anmeldung FAPE zur Verfügung gestellt hat und dass die private Unterbringung geeignet ist. Ein Anhörungsbeauftragter oder ein Gericht kann Ihre Unterbringung für angemessen halten, auch wenn diese nicht den staatlichen Standards entspricht, die für die von der öffentlichen Einrichtung angebotene Bildung gelten.

Für einen Schüler, der weiterhin in einer Privatschule untergebracht ist, wird die Bestimmung einer angemessenen Unterbringung durch den Anhörungsbeauftragten nur dann vorgenommen, wenn die Privatschule es der öffentlichen Stelle erlaubt, ihre Verantwortung zu erfüllen u. FAPE für den Schüler sicherzustellen.

Begrenzung der Rückerstattungen

Die im obigen Absatz beschriebene Kostenerstattung kann reduziert oder verweigert werden:

1. Wenn:
 - a. bei der letzten IEP-Sitzung, an der Sie teilgenommen haben, bevor Sie Ihr Kind von der öffentlichen Schule abmeldeten, Sie das IEP-Team nicht darüber informiert haben, dass Sie die von der öffentlichen Behörde vorgeschlagene Unterbringung ablehnen, um Ihrem Kind FAPE zu bieten, und dabei auch Ihre Bedenken und Ihre Absicht geäußert haben, Ihr Kind auf öffentliche Kosten an einer Privatschule anzumelden; oder
 - b. mindestens 10 Arbeitstage (einschließlich aller Feiertage, die auf einen Arbeitstag fallen) vor der Abmeldung Ihres Kindes von der öffentlichen Schule Sie die Behörde nicht schriftlich über diese Informationen informiert haben;
2. wenn die Behörde Sie vor dem Verweis Ihres Kindes von der öffentlichen Schule schriftlich über ihre Absicht informiert hat, Ihr Kind zu bewerten (einschließlich einer angemessenen und vernünftigen Erklärung über den Zweck der Beurteilung), Sie den Schüler jedoch nicht für die Bewertung zur Verfügung gestellt haben; oder
3. wenn ein Gericht feststellt, dass Ihr Handeln unangemessen war.

Allerdings dürfen die Kosten für die Rückerstattung:

1. nicht reduziert oder verweigert werden, wenn die Benachrichtigung nicht erfolgt ist:
 - a. die Schule Sie daran gehindert hat, die Mitteilung zu übermitteln;
 - b. Sie keine Benachrichtigung über die oben beschriebene Mitteilungspflicht erhalten haben; oder
 - c. die Einhaltung der oben genannten Anforderungen wahrscheinlich zu körperlichen Schäden bei Ihrem Kind führen würde; und
2. nach dem Ermessen des Gerichts oder eines Anhörungsbeauftragten nicht reduziert oder verweigert werden kann, wenn Sie es versäumt haben, die erforderliche Mitteilung zu machen:
 - a. Sie nicht lesen und schreiben können oder die englische Sprache nicht beherrschen; oder
 - b. die Einhaltung der oben genannten Anforderung würde wahrscheinlich zu einem schweren emotionalen Schaden für Ihr Kind führen.

Disziplin

AUTORITÄT DES SCHULPERSONALS

Das Schulpersonal kann von Fall zu Fall die besonderen Umstände berücksichtigen, wenn es feststellt, ob ein Wechsel der Unterbringung eines Schülers mit einer Behinderung, der gegen den Verhaltenskodex der Schule verstößt, im Einklang mit den folgenden Anforderungen in Bezug auf die Disziplin angemessen ist.

Soweit sie solche Maßnahmen auch für Schüler ohne Behinderungen ergreifen, kann das Schulpersonal einen Schüler mit einer Behinderung, der gegen einen Verhaltenskodex verstößt, für nicht mehr als 10 aufeinanderfolgende Schultage von seinem derzeitigen Platz in eine geeignete alternative Bildungseinrichtung, eine andere Einrichtung oder vom Unterricht ausschließen.

Sobald ein Schüler mit einer Behinderung für insgesamt 10 Schultage im selben Schuljahr von seinem derzeitigen Platz entfernt/ferngehalten wurde, muss die öffentliche Einrichtung an allen weiteren Tagen nachträglich in diesem Schuljahr Dienstleistungen in dem Umfang erbringen, der in der Unterrubrik **Leistungen** gefordert wird. Eine Auslassung von mehr als 10 kumulativen oder aufeinanderfolgenden Schultagen im selben Schuljahr ist ein Wechsel der Platzierung (siehe die Überschrift **Wechsel der Platzierung aufgrund von disziplinarischen Verweisen**).

Zusätzliche Befugnis/Autorität

Wenn das Verhalten, das gegen den Verhaltenskodex des Schülers verstoßen hat, keine Erscheinungsform der Behinderung des Schülers war (siehe die Unterüberschrift **Feststellung der Erscheinungsform**) und die vorgeschlagene disziplinarische Auslassung mehr als 10 aufeinanderfolgende oder kumulative Schultage in einem Schuljahr betragen würde, kann das Schulpersonal das Disziplinarverfahren auf diesen Schüler mit einer Behinderung in der gleichen Weise und für die gleiche Dauer anwenden wie auf Schüler ohne Behinderungen, mit der Ausnahme, dass die Schule dem Schüler die unter Leistungen beschriebenen Dienstleistungen anbieten muss. Das IEP-Team des Schülers bestimmt die vorläufige alternative Bildungseinrichtung für diese Leistungen.

DIENSTLEISTUNGEN

Die öffentliche Einrichtung kann sowohl einem Schüler mit einer Behinderung als auch einem Schüler ohne Behinderung, der für 10 Schultage oder weniger in diesem Schuljahr von seinem derzeitigen Platz entfernt/ferngehalten wurde, Dienstleistungen anbieten. Dem Schüler kann ein alternatives Bildungsangebot zur Verfügung gestellt werden (z. B. Hausaufgaben, Projekte oder Klassenarbeiten), und die Leistungen können in einer alternativen Bildungseinrichtung erbracht werden.

Ein Schüler mit einer Behinderung, der für mehr als 10 Schultage in einem Schuljahr von seinem derzeitigen Platz entfernt/ferngehalten wird und dessen Verhalten keine Erscheinungsform seiner Behinderung ist (siehe Untertitel **Erscheinungsform**) oder der unter besonderen Umständen entfernt wird (siehe Untertitel **Besondere Umstände**), muss:

1. weiterhin pädagogische Leistungen erhalten (über FAPE verfügen), um dem Schüler die weitere Teilnahme am allgemeinen Lehrplan zu ermöglichen, wenn auch in einer anderen Umgebung (die eine vorübergehende alternative pädagogische Umgebung sein kann), und um Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Schülers festgelegten Ziele zu erzielen; und
2. sie erhalten gegebenenfalls eine funktionale Verhaltensbeurteilung sowie Verhaltensinterventionsdienste und -änderungen, die darauf abzielen, die Verhaltensverletzung zu beheben, damit sie sich nicht wiederholt.

Nachdem ein Schüler mit einer Behinderung für 10 Schultage im selben Schuljahr von seinem derzeitigen Platz entfernt/ferngehalten wurde, und wenn der aktuelle Umzug für 10 aufeinanderfolgende Schultage oder weniger erfolgt und es sich nicht um einen Wechsel des Platzes handelt (siehe Definition unten), bestimmt das Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Schülers, inwieweit Leistungen erforderlich sind, um den Schüler in die Lage zu versetzen, weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilzunehmen, wenn auch in einer anderen Umgebung, und Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Schülers festgelegten Ziele zu machen.

Handelt es sich bei der Platzierung um einen Wechsel der Unterbringung (siehe Überschrift **Wechsel der Unterbringung aufgrund disziplinarischer Verweise**), legt das IEP-Team des Schülers die geeigneten Leistungen fest, die es dem Schüler ermöglichen, weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilzunehmen, wenn auch in einer anderen Umgebung (die kann eine vorübergehende alternative Bildungseinrichtung sein), und um Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Schülers festgelegten Ziele zu erzielen.

Das Schulpersonal kann von Fall zu Fall alle besonderen Umstände berücksichtigen, wenn es feststellt, ob ein Wechsel der Unterbringung eines Schülers mit einer Behinderung, der gegen einen schulischen Verhaltenskodex verstößt, angemessen ist.

Wenn der Schulverweis mehr als 10 kumulative Tage im selben Schuljahr beträgt und es sich um eine Krisensituation handelt, bestimmt das Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Schülers, inwieweit Dienstleistungen erforderlich sind, um dem Schüler die weitere Teilnahme am allgemeinen Lehrplan zu ermöglichen, wenn auch in einem anderen Umfeld, und um Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Schülers festgelegten Ziele zu erzielen.

MANIFESTATIONSBESTIMMUNG

Innerhalb von 10 Schultagen nach einer Entscheidung über die Änderung der Unterbringung eines Schülers mit einer Behinderung aufgrund eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex für Schüler müssen die Behörde, Sie und andere relevante Mitglieder des IEP-Teams alle relevanten Informationen in der Akte des Schülers überprüfen, einschließlich des IEP des Schülers, aller Beobachtungen des Lehrers und aller relevanten Informationen, die Sie zur Verfügung gestellt haben, um festzustellen:

1. ob das betreffende Verhalten durch die Behinderung des Schülers verursacht wurde oder in direktem und wesentlichem Zusammenhang damit stand; oder
2. ob das fragliche Verhalten das direkte Ergebnis des Versäumnisses der öffentlichen Einrichtung war, den IEP des Schülers umzusetzen.

Wenn die öffentliche Einrichtung, Sie und andere relevante Mitglieder des IEP-Teams des Schülers feststellen, dass eine dieser Bedingungen erfüllt ist, muss das Verhalten als Manifestation der Behinderung des Schülers gewertet werden.

Wenn die Behörde, Sie und andere relevante Mitglieder des IEP-Teams des Schülers feststellen, dass das fragliche Verhalten das direkte Ergebnis des Versäumnisses der Behörde war, den IEP umzusetzen, muss die LEA sofort Maßnahmen ergreifen, um diese Mängel zu beheben.

Wenn die Behörde, Sie und andere relevante Mitglieder des IEP-Teams feststellen, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Schülers war, muss das IEP-Team entweder:

1. eine funktionale Verhaltensbeurteilung durchführen, es sei denn, die Behörde hatte eine funktionale Verhaltensbeurteilung durchgeführt, bevor das Verhalten, das zur Änderung der Unterbringung führte, auftrat, und einen Verhaltensinterventionsplan für den Schüler umsetzen; oder
2. wenn bereits ein Interventionsplan für das Verhalten entwickelt wurde, diesen überprüfen und ihn gegebenenfalls ändern, um das Verhalten anzugehen.

Außer wie unten unter der Überschrift Besondere Umstände beschrieben, muss die Behörde Ihr Kind an die Stelle zurückbringen, von dem es entfernt wurde, es sei denn, Sie und die Behörde einigen sich im Rahmen der Änderung des Verhaltensinterventionsplans auf einen Wechsel des Ortes.

BESONDERE UMSTÄNDE

Unabhängig davon, ob das Verhalten eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes war oder nicht, kann das Schulpersonal einen Schüler für höchstens 45 Schultage in eine alternative Bildungseinrichtung (die vom IEP-Team des Schülers festgelegt wird) entfernen, wenn Ihr Kind:

1. eine Waffe (siehe Definition rechts) in die Schule mitbringt oder in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung, die unter die Zuständigkeit der Behörde fällt, eine Waffe trägt;
2. wissentlich illegale Drogen besitzt oder konsumiert (siehe Definition rechts) oder den Verkauf einer kontrollierten Substanz (siehe Definition rechts) verkauft oder dazu auffordert, während er sich in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung unter der Zuständigkeit der Behörde befindet; oder
3. einer anderen Person in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung unter der Zuständigkeit der Behörde eine schwere Körperverletzung (siehe Definition rechts) verursacht hat.

BENACHRICHTIGUNG

An dem Tag, an dem die öffentliche Einrichtung die Entscheidung trifft, Ihr Kind wegen eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex den Platz Ihres Kindes zu wechseln, muss die öffentliche Einrichtung Sie von dieser Entscheidung in Kenntnis setzen und Ihnen eine Mitteilung über Verfahrensgarantien zukommen lassen.

Kontrollierte Substanz

ist eine Droge oder eine andere Substanz; definiert unter den Listen I, II, III, IV oder V in Abschnitt 202(c) des Controlled Substances Act (21 U.S.C. 812(c)).

Illegale Droge bedeutet eine kontrollierte Substanz, umfasst jedoch nicht eine kontrollierte Substanz, die unter der Aufsicht eines lizenzierten medizinischen Fachmanns legal im Besitz ist oder verwendet wird oder die unter einer anderen Befugnis nach diesem Gesetz oder einer anderen Bestimmung des Bundesrechts legal im Besitz ist oder verwendet wird.

Schwere

Körperverletzung hat die Bedeutung des Begriffs „schwere Körperverletzung“ gemäß Absatz (3) von Unterabschnitt (h) von Abschnitt 1365 des Titels 18, United States Code.

Waffe hat die Bedeutung des Begriffs „gefährliche Waffe“ gemäß Absatz (2) des ersten Unterabschnitts (g) von Abschnitt 930 des Titels 18, United States Code.

WECHSEL DER UNTERBRINGUNG AUFGRUND DISZIPLINARISCHEN GRÜNDE

Eine Entfernung Ihres Kindes mit einer Behinderung aus der aktuellen Bildungseinrichtung ist ein Wechsel der Einrichtung, wenn:

1. der Schulverweis für mehr als 10 aufeinanderfolgende Schultage gilt; oder
2. die Serie von Schulverweisen sich auf mehr als 10 Schultage in einem Schuljahr belaufen.

FESTLEGUNG DER UMSTELLUNG

Das IEP-Team bestimmt die vorläufige alternative Bildungseinrichtung für Wechsel, bei denen es sich um eine Änderung der Platzierung handelt, und für Wechsel unter den Unterüberschriften **Zusätzliche Befugnisse** und **Besondere Umstände**.

BESCHLEUNIGTES GERICHTSVERFAHREN

Sie können eine Eilbeschwerde einreichen (siehe die Überschrift **Beschwerdeverfahren**), um eine Anhörung zu beantragen, wenn Sie mit dem Verfahren nicht einverstanden sind:

1. jede Entscheidung über die Unterbringung, die im Rahmen dieser Disziplinarbestimmungen getroffen wurde; oder
2. die Manifestationsbestimmung unter dem Titel Manifestationsbestimmung beschrieben ist.

Die Behörde kann eine Beschwerde im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens einreichen, um eine Anhörung zu beantragen, wenn sie der Meinung ist, dass die Beibehaltung der derzeitigen Unterbringung Ihres Kindes mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen führen kann.

Autorität des Anhörungsbeauftragten

Ein Anhörungsbeauftragter, der die unter der Unterüberschrift **Unparteiischer Anhörungsbeauftragter** beschriebenen Anforderungen erfüllt, muss die Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren durchführen und eine Entscheidung treffen. Der Anhörungsbeauftragte kann:

1. Ihr Kind mit einer Behinderung an die Stelle zurückbringen, von dem es entfernt wurde, wenn der Anhörungsbeauftragte feststellt, dass die Entfernung ein Verstoß gegen die unter der Überschrift **Befugnisse des Schulpersonals** beschriebenen Anforderungen war oder dass das Verhalten Ihres Kindes eine Manifestation der Behinderung Ihres Kindes war; oder
2. eine Änderung der Unterbringung Ihres Kindes mit einer Behinderung in einer geeigneten alternativen Bildungseinrichtung für höchstens 45 Schultage anordnen, wenn der Anhörungsbeauftragte feststellt, dass die Beibehaltung der derzeitigen Unterbringung Ihres Kindes mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Schädigung Ihres Kindes oder anderer Personen führen kann.

Diese Anhörungsverfahren können wiederholt werden, wenn die Behörde der Meinung ist, dass die Wiederkehr Ihres Kindes an die ursprüngliche Stelle mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung Ihres Kindes oder anderer Personen führen kann.

Wenn Sie oder die Behörde eine Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren einreichen, um eine solche Anhörung zu beantragen, muss eine Anhörung stattfinden, die die unter den Überschriften

Beschwerdeverfahren über ein ordnungsgemäßes Verfahren und **Anhörungen zu Beschwerden über ein ordnungsgemäßes Verfahren** beschriebenen Anforderungen erfüllt, mit Ausnahme der folgenden Punkte:

1. die Behörde muss eine beschleunigte Anhörung veranlassen, die innerhalb von 20 Schultagen nach Einreichung des Anhörungsantrags stattfinden und innerhalb von 10 Schultagen nach der Anhörung zu einer Entscheidung führen muss.
2. sofern Sie und die Behörde nicht schriftlich vereinbaren, auf die Sitzung zu verzichten oder eine Vermittlung in Anspruch zu nehmen, muss innerhalb von sieben (7) Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung über die ordnungsgemäße Beschwerde ein Schlichtungsgespräch stattfinden. Die Anhörung kann fortgesetzt werden, wenn die Angelegenheit nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde zur Zufriedenheit beider Parteien geklärt wurde.
3. der Zeitraum für die Offenlegung von Beweisen und Bewertungen kann weniger als fünf (5) Werktagen betragen und muss vom Anhörungsbeauftragten in der Anhörungskonferenz festgelegt werden.

Sie oder die Behörde können gegen die Entscheidung in einem beschleunigten Verfahren auf dieselbe Weise Berufung einlegen wie gegen Entscheidungen in anderen Verfahren (siehe die Überschrift **Berufung**).

Platzierung während des beschleunigten Verfahrens (Expedited Due Process)

Wenn Sie oder die Behörde eine Beschwerde im Zusammenhang mit einem Disziplinarverfahren einreichen, muss Ihr Kind (sofern Sie und die Behörde nichts anderes vereinbaren) bis zur Entscheidung des Anhörungsbeauftragten oder bis zum Ablauf des unter der Überschrift **Befugnisse des Schulpersonals** beschriebenen Zeitraums der Entfernung in der vorläufigen alternativen Bildungseinrichtung bleiben, je nachdem, was zuerst eintritt.

Sie oder die Behörde können gegen die Entscheidung in einem beschleunigten Verfahren auf dieselbe Weise Berufung einlegen wie gegen Entscheidungen in anderen Verfahren

SCHUTZ FÜR SCHÜLER/STUDENTEN, DIE NOCH KEINEN ANSPRUCH AUF SONDERPÄDAGOGISCHE FÖRDERUNG UND DAMIT VERBUNDENE DIENSTLEISTUNGEN HABEN

Wenn Ihr Kind keinen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung hat und gegen einen Verhaltenskodex für Schüler verstößt, die Behörde jedoch vor dem Verhalten, das zu der Disziplinarmaßnahme geführt hat, Kenntnis davon hatte (wie unten festgelegt), dass Ihr Kind ein Schüler mit einer Behinderung ist, dann kann Ihr Kind jeden der in dieser Mitteilung beschriebenen Schutzmaßnahmen in Anspruch nehmen.

Es wird davon ausgegangen, dass die Behörde Kenntnis davon hat, dass es sich bei Ihrem Kind um einen Schüler mit einer Behinderung handelt, wenn das Verhalten, das zu der Disziplinarmaßnahme geführt hat, bereits vorher stattgefunden hat:

1. dass Sie sich schriftlich gegenüber dem Aufsichts- oder Verwaltungspersonal der Schule Ihres Kindes oder dem Lehrer Ihres Kindes die Sorge geäußert haben, dass Ihr Kind sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen benötigt;
2. dass Sie eine Bewertung im Zusammenhang mit dem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung und damit zusammenhängende Dienstleistungen gemäß dem IDEA beantragt haben; oder
3. der Lehrer Ihres Kindes oder ein anderer Mitarbeiter einer öffentlichen Behörde seine Besorgnis über ein bestimmtes Verhaltensmuster Ihres Kindes direkt gegenüber dem Aufsichts- oder Verwaltungspersonal der Schule Ihres Kindes oder gegenüber einem anderen Aufsichtspersonal der LEA geäußert hat.

Ausnahme

Es wird nicht davon ausgegangen, dass die Behörde diese Kenntnis hat, wenn:

1. Sie einer Bewertung Ihres Kindes nicht zugestimmt haben oder sonderpädagogische Leistungen abgelehnt haben; oder
2. Ihr Kind bewertet und als nicht behindert im Sinne des IDEA eingestuft wurde.

Bedingungen, die gelten, wenn es keine Wissensgrundlage gibt

Wenn die Behörde vor der Ergreifung von Disziplinarmaßnahmen gegen Ihr Kind keine Kenntnis davon hat, dass es sich bei Ihrem Kind um einen Schüler mit einer Behinderung handelt, wie oben unter den Unterüberschriften **Kenntnisgrundlage für Disziplinarmaßnahmen** und **Ausnahme** beschrieben, kann Ihr Kind den Disziplinarmaßnahmen unterworfen werden, die auf Schüler ohne Behinderung angewandt werden, die vergleichbare Verhaltensweisen zeigen.

Wenn jedoch ein Antrag auf eine Bewertung Ihres Kindes während des Zeitraums gestellt wird, in dem Ihr Kind einer Disziplinarmaßnahme unterworfen ist, muss die Bewertung zügig durchgeführt werden.

Bis die Bewertung abgeschlossen ist, verbleibt Ihr Kind in der von den Schulbehörden festgelegten schulischen Unterbringung, die eine Aussetzung oder einen Schulverweis ohne pädagogische Leistungen beinhalten kann.

Wenn Ihr Kind als Schüler mit einer Behinderung eingestuft wird, muss die Behörde unter Berücksichtigung der Informationen aus der von der Behörde durchgeführten Bewertung und der von Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen in Übereinstimmung mit dem IDEA bereitstellen, einschließlich der oben beschriebenen disziplinarischen Anforderungen.

EINWEISUNG UND MASSNAHMEN DURCH STRAFVERFOLGUNGS- UND JUSTIZBEHÖRDEN

Die IDEA wird nicht:

1. einer Behörde verbieten, ein von einem Schüler mit einer Behinderung begangenes Verbrechen den zuständigen Behörden zu melden; oder
2. die staatlichen Strafverfolgungs- und Justizbehörden daran hindern, ihre Verantwortung in Bezug auf die Anwendung von Bundes- und Landesgesetzen auf Verbrechen, die von einem Schüler mit einer Behinderung begangen wurden, auszuüben.

Übermittlung von Aufzeichnungen

Wenn die LEA ein Verbrechen meldet, das von einem Schüler mit einer Behinderung begangen wurde, muss die LEA:

1. sicherstellen, dass Kopien der Sonderschul- und Disziplinarakten des Schülers zur Prüfung durch die Behörden übermittelt werden, denen die Agentur das Verbrechen meldet; und
2. darf die Kopien der Sonderschul- und Disziplinarakten des Schülers nur in dem von FERPA erlaubten Umfang übermitteln.

Wenn Ihr Kind als Schüler mit einer Behinderung eingestuft wird, muss die Behörde sonderpädagogische und damit verbundene Dienstleistungen in Übereinstimmung mit dem IDEA, einschließlich der disziplinarischen Anforderungen anbieten.



Special Education Services · Alabama State Department of Education
PO Box 302101 · Montgomery, AL 36130-2101 · (334) 694-4782 · speced@alsde.edu